

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 7. Oktober 1905.

№ 117.

Maifeier und Generalstreik.

Ein kritisches Nachwort zum Jenaer Parteitage.
IV.

Vor etwa drei Jahren war es, da schrieb einmal Eduard Bernstein, als ob er die Debatten in Jena vorausgesehen hätte, folgendes:

... So lange die Vereinigungen, welche das unmittelbare Wirken für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft auf ihre Fahne geschrieben haben, selbst noch wesentlich utopisch denken, d. h. von der Vorstellung einer durch Radikalmittel irgendwelcher Art in Kürze zu bewerkstellenden totalen Neuordnung beherrscht sind, so lange muß ihnen auch die Gewerkschaftsbewegung als bloße Kleinigkeitskrämerei erscheinen, als Frucht von Unwissenheit, Zweifel am Prinzip und Abfall von diesem.

Sowohl durch die Kritik des Kölner Kongresses wie auf dem Parteitage sind diese Worte Bernsteins bestätigt worden. Bedinglich deshalb, weil man selbst nicht recht weiß, was man will. Bebel hat dies drastisch auf dem Parteitage an den Vorkäufen mit dem Anarchosozialismus illustriert. In bezug auf diesen sagte Bebel:

Noch unbegreiflicher aber ist es mir, daß in der Hauptstadt des Deutschen Reiches, in der Stadt der Intelligenz, 3000 Arbeiter, darunter alte Parteigenossen, ein solches Ragout von Widersprüchen der stärksten Art mit Jubel und Beifall aufnahmen. Wenn ich je gesagt habe, Donnerwetter sind wir geistig verkommen, ist unsere politische Bildung zurückgegangen, dann an dem Tage, als ich das las. ... Wir haben in den letzten Jahren über alle möglichen Dinge theoretisiert und das Endresultat ist nicht Klärung, sondern immer größere Verwirrung. Auf diesem Boden ist die Saat gewachsen, die wir heute aufgehen sehen. Eine so vollständige Verwirrung über die Grundanschauungen hat es in der Partei nie gegeben wie jetzt. Ja, wenn es sich um Genossen handelte, die eben erst in die Partei hineingerufen haben, so würde ich mich nicht wundern. Aber es sind zum Teile alte Genossen, die diesen Geist pflegen und so an der Korruption mitarbeiten, die in bezug auf die Grundanschauungen der Partei entfleht.

Das muß Bebel nach 40 Jahren Parteigeschichte sagen, und in Betracht kommt nicht Postenmittel, sondern die Hauptstadt des Reiches und der Sitz der Parteileitung: Berlin! Aber Bebel spricht nicht bloß von Berlin, indem er ausdrücklich sagt: „Eine so vollständige Verwirrung über die Grundanschauungen hat es in der Partei nie gegeben wie jetzt“. Ob das nun zutrifft oder nicht, kümmert uns nicht, auf jeden Fall ist es für die Gewerkschaften aber wenig zuträglich, wenn auf sie, wie geschähen, dann diese Verwirrung, dieses geistige Verkommensein, diese zurückgegangene Bildung losgelassen wird. Recht schmeichelhaft ist diese Kritik Bebel's für den „weiten Gesichtskreis“ der führenden „sozialistischen Theoretiker“, die nach Richard Fischer besser als diejenigen, „die mitten im Tageskampfe stehen“, die größeren und höheren Gesichtspunkte der Arbeiterbewegung wahrzunehmen wissen. Die Kritik Bebel's richtet sich ferner in Wirklichkeit gegen seine eigene Partei, die nicht einmal in die Köpfe der reichshauptstädtischen „alten Parteigenossen“ ein Minimum von Logik hineinbringen konnte. Bebel tat deshalb Unrecht, dem Dr. Friedeberg gegenüber mit dem „Abholzen“ zu drohen, denn der Konsequente ist Friedeberg. Er war es, der bereits auf dem Dresdener Parteitage die Konsequenzen der dort gefaßten Resolution zog und den Antrag stellte: „Der Parteitag empfiehlt dem Parteivorstande, die Frage des Generalstreiks auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen“. Gegen wenige Stimmen wurde der Antrag Friedeberg abgelehnt. Ledebour sagte damals: „Der unglücklichste Gedanke des Genossen Friedeberg war es, hierbei die Frage des Reichstagswahlrechtes zur Sprache zu bringen.“ Dieser „unglückliche“ Gedanke beherrschte in Jena die ganze Debatte! In Dresden erklärte auch Legien: „Ich glaube nicht, daß die herrschenden Klassen das Wahlrecht beseitigen wollen, weil dadurch der Bestand des Deutschen

Reiches erschüttert würde. ... Ich glaube also, das Reichstagswahlrecht wird nicht angetastet werden.“ In Dresden gab man sich nicht die geringste Mühe, dem Generalstreik auch nur eine oberflächliche Beachtung zu schenken, obwohl doch damals das Reichstagswahlrecht ebenso sicher oder unsicher war wie heute. Wer hat nun heute Recht: Legien, Ledebour, Friedeberg oder Bebel? Was ist inzwischen geschehen, um eine solche widerspruchsvolle, blutige Diskussion über den Generalstreik heraufzubeschwören? Bebel sagte in Jena: „... Da ist nun der Vorschlag des politischen Massenstreiks gekommen. Es ist eine Torheit, solche Diskussionen dadurch beseitigen zu wollen, daß man so tut, als höre man sie nicht. Das ist Vogelstraußpolitik.“ Sehr richtig, nur hat Bebel in Dresden ein sehr reichliches Quantum der von ihm geschilderten Politik selbst zu erkennen gegeben. Wer hat aber den Generalstreik aus dem Tapet gebracht? Ganz abgesehen von den Beispielen im Auslande niemand anders als die Anarchisten und Eduard Bernstein. Daß Friedeberg diese Idee mit am frühesten vertrat, und wo er damit hingekommen ist, braucht nicht besonders geschilbert zu werden. Schreiber dieses wandte sich vor etwa drei Jahren in einer Versammlung in Weimar gegen die anarchisierende Propaganda des Generalstreiks in Arbeiterkreisen, worauf ein Genosse (Nichtbuchdrucker) von oben herab erwiderte, der Referent möge doch diese paar Phantasten laufen lassen und damit nicht operieren; dieser selbe Genosse stimmte in Jena für den Generalstreik! Tempora mutantur! Die Diskussion über den Generalstreik, verehrter Herr Bebel, haben wir nicht den im praktischen Arbeiterleben stehenden Genossen, sondern den von einem „weiten Gesichtskreise“ getragenen „sozialistischen Theoretikern“ des Herrn Richard Fischer zu danken. In einer sozialdemokratischen Versammlung ist seinerzeit nicht mit Unrecht gefragt worden: „Wer hat denn zu streiken? Antwort: Die Arbeiter! Und wer regt den General-

Skizze aus der Gegenwart.

Nachdem der zukünftige Jünger Gutenbergs allwöchentlich seinen verdienten Taler nach Hause geschleppt und Mutter in dem langen Zeitraum von vier Jahren stets das übrige dazu getan, um ihren Sprößling „standesgemäß“, d. h. in Schlips und Kragen, einher gehen zu lassen, und nachdem er die verschiedenen Quadratmeter Stiefelsohlen abgelaufen hat, ist er endlich zum Gesellen herangereift.

Voll Siegeszuversicht schaut er in die Zukunft; die Welt öffnet ihm ihre Pforten, er macht den Sprung ins Freie. Was die tollste Phantasie in einem jugendlichen Hirn nur wachrufen konnte, das dürste er nunmehr in Wirklichkeit schauen. In vollen Zügen sollte es ihm vergönnt sein, die Herrlichkeiten zu genießen, die ihm die Welt in überfättigter Fülle darbot!

Hier und da gelingt es unserm Jünger, Fuß zu fassen, aber nur für ein kleines, dann treibt es ihn wieder fort; das Schicksal will es so.

Und so geht er seinen Wanderstab weiter, getragen von den kühnsten Hoffnungen, irgendwo das ersehnte Glück zu finden, den Traum seiner Jugend verwirklicht zu sehen.

Nach mannigfachen Irrfahrten kehrt er dann endlich wieder heim, um tausend Erfahrungen reicher, aber auch um ebensoviele Hoffnungen betrogen!

Das ganze Leben erwies sich als ein Trugbild iberster Art, als eine Kata morgana, deren Herrlichkeiten langsam aber sicher in Nebeldunst wieder zerfließen.

Ohne besondere Mühe gelingt es ihm, eine Kunst zu erhaschen, und aus neue trägt er sich wieder mit Hoffnungen, die diesmal in Erfüllung gehen sollen — er hat ein liebendes Herz gefunden.

So eilt ein Jahr dem andern nach: unser Kollege hat es bis heute noch nicht weiter als bis zum Minimumseher gebracht.

24,75! Und hiervon läßt er noch etwa drei Meter in der „Bude“, Verbandsbeitrag, Krankenkasse, Lotterie. Wie verhaßt ihm das alltägliche Werktagelben mit seinem ewigen Einerlei war.

Allwöchentlich zählt er seinem Frauchen den Draht hin — 22 Mk. —, wenn es gut geht. Drei Mark bekommt der Müßelsteiferant, vier Mark und etwas drüber werden für den Mietsherrn zurückgelegt; Staat und Kommune verlangen ihr Teil und die Kirche läutet ihren Feierabend auch nicht umsonst.

Ja, zum Henker, wo soll das hinaus!

Der Junge muß Schuhe haben, er kauft schon auf den Socken. Leni braucht ein Kleid, und Muttern muß sich gebulben, bis zu allerletzt.

Du lieber Himmel, da heißt es sich einrichten. Gleich ist schon längst August, aber Mat muß geschafft werden, um jeden Preis. Frauchen erklärt kategorisch, mit dem Minimummühen nicht auskommen zu können.

Es bleibt ihm keine Wahl; will er die Familie nicht darben lassen, so muß er sich Nebenverdienst verschaffen. Aber wie? Versicherungsinspektor werden oder Kellnerin gehen, Fünfpennigstücke halschen? Ja, aber darfst du das.

Was würdest du sagen, wenn man dir ins Handwerk pfeifen wollte! Und doch muß etwas geschehen.

Also das waren die Früchte seines langjährigen Schaffens und Strebens, daß er sich jetzt genötigt sieht, die Muschstunden zu opfern, um seine Familie würdig unterhalten zu können — weil sein Verdienst nicht ausreicht!

O Fronte des Schicksals! —

Aber die Zeit fährt dahin und mit ihr der Mensch; seine Knochen wollen nicht mehr.

Er hat schon längst sein Diplömchen an der Wand hängen für fünfundsanzigjährige treue Mitgliedschaft.

Nur zu häufig läßt er seine Blide rückwärts schauen zu der Zeit, als er noch Hoffnungen im Herzen trug.

Wie so ganz anders hatte sich sein Leben doch gestaltet, als er es erträumt!

Aus dem toten Jüngling ist ein altes, dürrs Männlein geworden. Unter dem spärlichen, grauen Haare blinkt die weiße Schädelsbede hervor, Sorgen und Entbehrungen haben nur zu deutlich ihren Stempel auf dem durchsuchten wächsernen Antlitz zurückgelassen; ein Zug von Schwermut haftet um seine Lippen.

Er ist auch heute noch der Minimumseher von damals. Nur der Humanität seines Chefs hat er es zu verdanken, daß sein Platz noch nicht von einer jüngeren Kraft eingenommen wird.

Nicht mehr lange und Freund Hain erscheint auf dem Plane, der legt seine knöchernen Rechte auf seine Achseln und spricht: „Komm mit, Alter, Deine Zeit ist um!“

Und er geht mit, der Traum seiner Jugend wird Wirklichkeit — die Komödie ist zu Ende. — — — A-

streik an? Antwort ebenso prompt: Die Literaten und die Schriftsteller! Auf diese Weise ist die Phrase des Generalstreiks immer und immer wieder der Arbeiterschaft ferbiert worden, bis schließlich die Gewerkschaften die Gefahr erkannten, die ihrer Arbeit und ihrer Entwicklung drohen müsse, wenn man die Köpfe der Arbeiter noch lange mit solchen hohlen Deklamationen anfüllen würde. Der Kölner Kongress gab die Antwort darauf — und mit diesem Augenblicke war der politische Massenstreik zum „wichtigsten und wertvollsten Kampfmittel“ der Partei avanciert. Mit diesem Augenblicke wurden die „Versumpfung“ und das „Zünftertum“ der Gewerkschaften sowie die „Rückständigkeit“ und die „Vorniertheit“ der Gewerkschaftsführer entdeckt. Nunmehr lehnte man nicht mehr mit einer vornehmenden Handbewegung Dr. Friedeberg ab, sondern übertrumpfte ihn — und wie man in Dresden glaubte mit der dort gefassten Resolution ein Bollwerk gegen den Revisionismus aufgerichtet zu haben, glaubte man in Jena mit der Generalstreikresolution die Gewerkschaften vor der „Versumpfung“ durch ihre Führer gerettet zu haben.

Aber es wird nicht so kommen, wie die „starken Männer“ in Jena es sich gedacht haben! Der Revisionismus lebt und die Gewerkschaften leben — und sie wird der Radikalismus nicht überwältigen können, weil ihre Kraft im Leben wurzelt, weil sie nicht selbsttäuschend sich über die Wirklichkeit hinwegsetzen, weil den Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit die Praxis bildet, weil sie die Dinge und die Menschen nehmen, wie sie sind, weil sie wissen, daß ihre Arbeit von heute ihre Zukunft von morgen ist, weil sie das Wort in uner müdlicher Arbeit wahr machen: „Wir wachsen in den Zukunftsstaat hinein!“ Dieses Wort in seinem besten Sinne liegt unsrer Arbeit zu Grunde. Ob man theoretisch auch noch so hochtrabend auf die simplen Gewerkschaftsführer herabsieht, in Anpassung an die Verhältnisse werden sie dem Worte Lieblichkeit am besten geredet. So lange den „Revolutionären“ die bürgerliche Gesellschaft den Agitationsstoff liefert und an diesem die Theorie gemessen werden kann, mag man mit ihr ohne offensichtlichen Widerspruch auskommen, aber sobald man von der puren Agitationsarbeit abstrahiert, tritt erst der klassische Widerspruch hervor, den eine einseitige und auf die Spitze getriebene Schreibstube weisheit zwischen sich und dem wirklichen Leben bestehen läßt.

Je ernsthafter und je kühler man die Behandlung des Generalstreiks in Jena überdenkt, desto ungeheurerlicher erscheint uns die dort gepflogene Debatte. Nur einige Stichproben davon. So sagte Bebel unter stürmischem Beifalle: „Ja, nichts würdig, erbärmlich ist die Arbeiterklasse, die sich wie ein Hundstott behandeln ließe, die ihren Bedrängern die Spitze zu bieten nicht wagt.“ Ja, verlangen denn die Gegner des Generalstreiks, daß die Arbeiter sich derart behandeln lassen sollen? Führen die Gewerkschaften nicht gerade deshalb die erbittertsten Kämpfe mit dem Unternehmertume, weil dieses vielmals die Menschenwürde der Arbeiter mit Füßen zu treten sucht? Nicht wegen ein paar Pfennigen Stundenlohn kämpfen oft die Gewerkschaften bis zur totalen Erschöpfung, sondern weil man den Arbeitern zumutet, „sich wie ein Hundstott behandeln“ zu lassen. Aber erst muß genügend wirtschaftliche Macht gesammelt werden, sonst ermangelt den von Bebel gebrauchten Worten der Inhalt. Man lese nur einige Nummern von Parteizeitungen, und haarsträubende Fälle brutaler Behandlung von Arbeitern durch Unternehmer oder deren Antrieder treten uns da vor Augen. Wer will oder kann das in der Zukunft verhindern? Doch nur jene Organisation, die, aufgebaut auf der Solidarität und auf wirtschaftlichen Machtmitteln den Arbeiter befähigt, Widerstand zu leisten, ohne befürchten zu müssen, in kurzer Zeit, durch den Hunger getrieben, wie ein Hund gekrochen zu kommen. Die Arbeiter haben viel, viel zu harte Erfahrungen gesammelt, um nicht zu wissen, wo die Wurzeln ihrer Kraft liegen. Diese Kraft-

ansammlung verhindert man aber, wenn man mit großen Worten lediglich glaubt Begeisterung wecken zu brauchen — und das große Werk wäre dann getan. Was soll mit Worten gesagt sein, wie:

Eben erleben wir die russischen Vorgänge, und da sollen wir nicht den Mut haben, einige Monate Gefängnis und schlimmeres zu ertragen, um die Rechte zu erhalten, die wir besitzen. . . Da ist Rußland, da ist die Junischlacht, da ist die Kommune! Bei den Manen dieser Märtyrer sollt Ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen?

Derartige Töne schlägt Bebel an bei der Begründung seiner Resolution, um dann in seinem Schlußworte zu sagen: „Man hat hier mit großem Scharsinne darüber gefritten, welche Aussicht eine gewalttätige Revolution in Deutschland haben würde. Ich habe zu diesen Erörterungen in meinem Referate keine Veranlassung gegeben.“ Da ist man einfach starr. Was aber seine oben zitierten Äußerungen betrifft, so möge Bebel nicht vergessen, daß der Junischlacht die Diktatur Cavaignac und 18 Jahre napoleonische Reaktion folgte, ferner, daß in der Kommune die Blüte des französischen Proletariates niebergewetzt wurde, wovon sich die französische Arbeiterbewegung heute noch nicht erholt hat, und in Rußland kämpft man, wie Bebel selbst zugestand, um den modernen Staat, den wir heute besitzen. Nachträglich widerlegt sich ja Bebel selbst, indem er sagte: „Indessen sind die Zustände in Rußland so abnorm, daß diese Streiks nicht für uns als Beispiel herangezogen werden können.“ Was versteht denn Bebel darunter, wenn er sagt, der Arbeiter müsse „einige Monate Gefängnis und schlimmeres“ ertragen? Glaubt denn Bebel, beim Massenstreik würde man einige Millionen Proletarier in die Gefängnisse stecken und damit dafür sorgen, daß das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands erst recht zum Stillstande käme? Die herrschende Gesellschaft würde — ganz nach unserm Wunsch — vielleicht riesige Konzentrationslager errichten und Männer, Weiber und Kinder so lange füttern, bis die Kapitalisten flehentlich bäten, gefälligst den inzwischen verkrachten Staat in Parteiregie zu übernehmen? Als ernsthaft sein wollender Politiker „begründet“ damit Bebel einen aussichtslosen Massenstreik! Und da sollen die Gewerkschaften solche lebensfremde Phantastereien nicht mit kräftiger Hand zerstören? Wie stellt sich ferner Bebel eine mehrwöchige Hungertur des Proletariates vor? Die deutsche Arbeiterklasse ist nicht einmal imstande gewesen, 200 000 Bergarbeiter auf einige Wochen mit Brot und Kartoffeln zu versorgen; wie soll das erst werden, wenn Millionen in Frage kommen? Was will es da bedeuten, wenn Bebel sagt: „Wenn es dazu kommt, daß die Arbeiter hungern müssen, dann wären diejenigen unter uns, die in gehobener Stellung sind, elende Kerle, wenn sie nicht so tief wie möglich in den eignen Geldbeutel griffen.“ Weiß würde mancher sein Honorar, das er für das Schreiben von anfeuernden Generalstreikartikeln erhalten, opfern, aber wie lächerlich ist doch solch eine „Hilfsaktion“ bei einem Massenstreik! Vielleicht könnte man mit diesem Gelde gerade so viel ungeschönten Kalk kaufen, als nötig ist für die Massengräber der Erschossenen. Der selige Puttkamer würde deckenhoch springen, wenn er es erlebt hätte, wie gut in Jena seinem Programme vorgearbeitet wurde, wonach „die Flinte schießt und der Säbel haut!“ Sagt doch selbst der sonst so nüchterne v. Elm: „Wer glaubt, daß die bürgerlichen Kreise, wenn sie uns das Wahlrecht nehmen, nicht zum äußersten entschlossen sind, der ist ein Narr, ein Tor. Sie sind auch entschlossen, zu schießen. Wir wollen kein Blut vergießen, aber die Gegner werden uns in diese Situation treiben. Wenn es so weit kommt, werden wir unsern Mann stellen und unser Leben für die Freiheit in die Schanze schlagen. Wenn man heute schon beginnt, die Sache zu propagieren, so geschieht es, um die Massen an den Gedanken zu gewöhnen. Es kommt der Moment, wo Ihr eintreten müßt mit Gut und Blut.“ Nein, lieber Elm, dieser Moment

kommt nicht, weil es der heutigen Kulturentwicklung zuwiderlaufen würde, und weil es noch heute gibt, die lieber mit dem Bortwurf der Feigheit behaftet durchs Leben gehen, statt in wahnsinniger Verblendung nutzlos ihre Arbeitsbrüder vor die Kanonen und Flinten zu treiben. Und dieser Moment kommt nicht, weil auf die Dauer die Sozialdemokratie mit der Dresden-Jenauer Politik und Taktik nicht bestehen kann. Die einzig möglichen Konsequenzen aus dem Referate Bebels zog ebenfalls Rosa Luxemburg:

Leben wir denn tatsächlich im Jahre der glorreichen russischen Revolution, oder stehen wir in der Zeit zehn Jahre vor ihr. . . ? Ja, sieht denn Robert Schmidt nicht, daß die Zeit gekommen ist, die unsere Großmeister Marx und Engels vorausgesehen haben, wo die Evolution in die Revolution umschlägt? . . . Wir sehen doch an der Geschichte, daß alle Revolutionen mit dem Blute des Volkes gemacht sind. Der ganze Unterschied ist, daß bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt wurde, und jetzt, wo sie zum erstenmale ihr Blut für ihre eigne Klasse lassen sollen, da kommen vorichtige, sogenannte Sozialdemokraten und sagen, nein, die Blut ist uns zu teuer. Es gilt vor allem, die Massen aufzuklären, und da brauchen wir gar nicht so vorichtig zu sein, wie die Gewerkschaftsführer in Köln es gewesen sind. Die Gewerkschaft darf nicht zu einer Last für die Bewegungsfreiheit der Arbeiter werden. Lernen Sie einmal aus der russischen Revolution!

Das ist ja die reine Pöcklerade! Also, die Gewerkschaften sind eine „Last für die Bewegungsfreiheit der Arbeiter“, wenn diese wirtschaftlichen Gebilde sich nicht widerstandslos den Theoretikern mit dem „weiten Gesichtskreise“ zur Verfügung stellen? Da auch Stadthagen orakelte: „Von Jahr zu Jahr sind die Gewerkschaften ohnmächtiger geworden“, und Fischer „grundständig“ die gewerkschaftliche Organisationspflicht für den Arbeiter nicht anerkennt, gehört alles in allem eine gehörige Dosis Optimismus dazu, wenn ein Gewerkschaftler erklärt: Mit dem Parteitag in Jena könne man sehr zufrieden sein! In der ganzen Welt wäre es nicht möglich, daß eine solch starke, einheitliche und zielbewußte Bewegung, wie es die der deutschen Gewerkschaften ist, sich die Behandlung ruhig gefallen ließe, wie sie in Jena nach dem Schema der Frau Luxemburg gegen die Gewerkschaften beliebt wurde. Aber wer einmal Köln gesagt hat, muß auch Jena sagen.

Bedauerlich bleibt, daß Bebel in seinem momentanen Revisionarismus — er ist nicht immer so radikal — geradezu die Reaktion herausgefordert, ja in ganz untaktischer Weise bis aufs Blut gereizt hat, ihre den Arbeitern weit, sehr weit überlegenen Machtmittel gegen jene zur Geltung zu bringen. Bebel sagte u. a.:

So wenig man unter dem Sozialistengesetz unser Herr geworden ist, so wenig wird man unser Herr werden, wenn man eines Tages zu neuen Gewaltmaßregeln greift. **Ach, ich weiß gar viele in unseren Reihen, die sogar den Tag herbeisehnen, wo dies geschieht.** Da würden wir wieder mal zeigen, was wir für verfluchte Kerle sind. Was haben wir in den zwölf Jahren nicht alles der Polizeigewalt gezeigt. . . Wir spielten mit der Polizei wie die Katze mit der Maus. **Das war ein Gaudium, ein Privatvergnügen für unzählige Genossen.**

Diese Ausführungen wirken abstoßend. Wer sind denn die „vielen“, die den Tag „herbeisehnen“, daß die brutalste Rechtlosigkeit an Stelle einer halbwegs ertäglichen Gesezmäßigkeit tritt? Wer sehnt denn den Tag herbei, daß die Organisationen der Arbeiter wieder zerstört, ihre Presse unterdrückt, die Versammlungsfreiheit geknebelt und Hunderte ins Exil wandern und Hunderte oder Tausende von Exiltenzen vernichtet werden? Wer sehnt herbei, daß wir um Jahrzehnte zurückgeworfen werden sollen, wer sind die Leute, die das ersehnen? Bebel mag sie einmal der Arbeiterschaft vorstellen, damit man diese Genossen auf ihre „Sehnsucht“ prüfen kann. Ob es ein „Gaudium“, ein „Privatvergnügen“ für die Arbeiter war, ungezählte Monate Gefängnis abzusitzen und von der Polizei von Ort zu Ort gejagt zu werden, wissen wir nicht; ob es ebenfalls ein „Gaudium“ für jene Genossen war, die in einer

Winternacht bei der geheimen Verbreitung von Schriften den Tod in den eifigen Fluten fanden, können wir nicht sagen; ob alle die Kränen der Frauen und Kinder jener Zeit „herbeizuführen“ sind, bloß, um „wieder 'mal zu zeigen, was wir für verfluchte Kerle“ sind, mag dahingestellt bleiben. So malt Bebel fortgesetzt das widersinnigste Zeug scharfmacherisch an die Wand, und findet es dann „merk-würdig“, daß Bülow seine Taktik gegenüber der Sozialdemokratie geändert hat!!

Aus diesem und vielem andern erklärt sich auch, warum die Stimmung in Jena eine so leidenschaftliche, jede kühle Ueberlegung verbannende war. Die wenigen Stimmen, die noch zu retten versuchten, was zu retten war, gingen in diesem Strudel völlig unter. So konnte denn am Schlusse das „Urteil geschöpft“ werden. Gegen wenige Stimmen gelangte folgende Resolution Bebels zur Annahme:

1. Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangten, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen,

erachtet es der Parteitag für geboten, auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.

Zusbesondere hat die Erfahrung gelehrt, daß die herrschenden Parteien bis tief in die bürgerliche Linke hinein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes sind, daß sie daselbe nur dulden, aber sofort abzuschaffen oder zu verschlechtern trachten, sobald sie glauben, daß durch daselbe ihre Herrschaft in Gefahr komme. Daher ihr Widerstand gegen eine Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes auf die Einzelstaaten (Preußen usw.) und selbst die Verschlechterung bestehender rüchändiger Wahlgesetze aus Angst vor einem noch so geringen Einflusse der Arbeiterklasse in den parlamentarischen Vertretungskörpern.

Beispiele hierfür sind die Wahrechtskräuberer durch eine herrschgierige und maßlos feige Bourgeoisie und ein borniertes Kleinbürgertum in Sachsen und in den sogenannten Republiken Hamburg und Lübeck und die Gemeindevahlverschlechterungen in den verschiedenen deutschen Staaten (Waden, Sachsen, Sachsen-Meinungen) und Orten (Kiel, Dresden, Fürth, Chemnitz usw.) durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwicklung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse ist,

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl, ihre Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volkes sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteidigung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muß sie nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag „die umfassendste Anwendung der Massenarbeitsentstellung“.

Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.

Diese Agitation muß die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit Hinweis auf den Klassencharakter des Staates und der Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Gewalten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen.

Aber jedes Klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.

2. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Broschüre herzustellen zu lassen, in der die in der vorstehenden Resolution gestellten Forderungen begründet werden. Für die Broschüre ist die Massenverbreitung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu organisieren. —

Legien versuchte zwar, durch ein Amendement den Abjag 8 der Resolution zu beseitigen — vergebens. Das die Resolution Bebel in Verbindung mit seiner Dresdener Resolution nicht erreicht, wird in den breiten Massen durch die mechanische Beurteilung und Propaganda des Massenstreiks „nachgeholt“ werden. Wenn das „Korrespondenzblatt“ schreibt:

Einer Propaganda des politischen Massenstreiks innerhalb der Gewerkschaften im Sinne der Unterbindung der systematischen Organisationsarbeit und der Erziehung zum Krachten nach Katastrophen werden die Gewerkschaften im eigenen Interesse, wie auch zum Wohle der ganzen Arbeiterbewegung entgegenzutreten, so beneiden wir das Blatt der Generalkommission um seinen Köhlerglauben. Man ist zu weit zurückgewichen, hat zu viel preis- und nachgegeben, um noch durch solche gewundene Erklärungen schrecken zu können. Was heißt überhaupt „innerhalb der Gewerkschaften“? Das bestimmt heute die Partei, sie ist nicht umsonst in Jena aufs ganze gegangen. Sagte nicht Bebel ausdrücklich: „Ich sage nicht, daß die Frage morgen aktuell wird, denn dazu muß Stimmung vorhanden sein, und diese Stimmung muß erst geschaffen werden“. Auf welche Weise das geschieht, ist ja schließlich gleichgültig. Aber das eine steht fest: Wer ohne Murren die Fischerische Resolution verpfeift, muß auch noch das zweite Gericht verzehren. Das „Korrespondenzblatt“ hat doch gesehen, was mit denen geschieht, die nur leise und sanft mahnend zu widersprechen wagen. „Befret den Anfängen“, jetzt ist es für solche Erklärungen zu spät, zudem man am Ende doch wieder macht, was die Partei will.

Doch lassen wir es genug sein des grausamen Spiels und kommen wir zum Schlusse. Wir halten nach wie vor dafür, daß der Arbeiterklasse erst eine andre Taktik der Sozialdemokratie, niemals aber die in Dresden und Jena eingeschlagene nützen kann. Aus einer solchen Taktik heraus wird immer nur neue Reaktion wachgerufen, ohne ihr anderseits entsprechende Machtmittel der Arbeiter entgegenstellen zu können. Da der Parteigenosse als solcher unsäglich ist, wendet sich naturgemäß dann aller Haß und Widerstand gegen die Gewerkschaften, die dann großenteils für einen in solch ungemessener Weise wie in Jena hervorgetretenen Radikalismus zu büßen haben, ohne daß der Arbeiterbewegung damit genützt wäre. So schafft man auch aus eigener Schuld schwierige Situationen, ohne einsehen zu wollen, daß man auch zu seinem Teile mit verschuldet habe, wenn immer neue Hindernisse vor der Arbeiterklasse sich aufstürmen. Wir haben schon an den natürlichen genug und brauchen sie nicht noch künstlich zu steigern. Die Gewerkschaften müssen diese Generalkonferenzresolution pure ablehnen; mit den schüchternen Bemerkungen im „Korrespondenzblatt“ ist da nichts getan. Das reizt nur den Appetit. Die modernen Gewerkschaften sind keine Freischaren, die in ewigen Scharmühen leben können; große Heere müssen erst wagen, ehe sie wagen. Was die „Leipziger Volkszeitung“ im Januar 1905 über die Streiks sagte, gilt erst recht vom Generalkonferenz:

... Aber die Arbeiter wissen, daß die einzige Waffe, die ihnen die kapitalistische Gesellschaft gegeben hat, um sich eine bessere Lebenshaltung zu erkämpfen, eine trügerische, zerbrechliche und zweifelhafte Waffe ist; sie denken gar nicht daran, nach ihr zu greifen, wenn sie nicht einigermaßen ihres Sieges sicher sind, wenn die ökonomischen Konjunkturen nicht einigermaßen so liegen, daß die Arbeiter durch das Zurückziehen der Ware Arbeitskraft vom Markte wirklich darauf rechnen dürfen, ihren Preis zu steigern. Darin haben sich die Arbeiter früher oft verreckt; sie haben viele Streiks verloren, und zwar, bei allen menschlichen und moralischen Ansprüchen der Streikenden, doch ökonomisch mit Recht, da menschliche und moralische Ansprüche keinen kapitalistischen Marktwert haben. . . .

Aber noch eins: Stehen denn alle Elemente des Bürgertums gleich feindlich der Arbeiterklasse gegenüber, und würde überhaupt im Falle eines Wahlrechtsraubes die Arbeiterklasse allein stehen? Mit nichten! Selbst der Generalkriegsminister v. Elm meinte in Jena, „daß wir mit einer gewissen Sympathie der bürgerlichen Kreise rechnen können“, ferner wies Südekum darauf hin, daß man zurzeit des Wahlrechtsraubes in Hamburg usw. in Süddeutschland „eine nicht unerhebliche Vermehrung und Verbesserung der Volksrechte zu verzeichnen habe“, und selbst Bebel sagte, „daß es auch in den bürgerlichen Kreisen ein ganzes Teil Leute gibt, die sagen, so geht es nicht, den Arbeitern darf nicht ein Recht genommen werden, daß sie nie gemißbraucht haben, und wir werden zweifellos auch in diesen Kreisen eine gewisse Sympathie haben“. Ist nicht die Zuchthausvorlage seinerzeit auch von einer großen Zahl bürgerlicher Abgeordneten abgelehnt worden? — Bernstein erklärte ebenfalls in Jena: „Bebel hat von der Bourgeoisie gesprochen, als wäre sie eine einheitliche Masse. Aber neben dem Industrie- und Feudaladel, der mit dem Junkertume die Reaktion trägt, stehen noch breite Schichten des Bürgertums, die mit dieser Reaktion nicht einverstanden sind. Sie sind zwar zerspalten, aber in gewissen Momenten ist auf sie zu rechnen. Ich erinnere an die Sympathieundgebungen aus bürgerlichen Kreisen beim Bergarbeiterstreik.“

Und in Dresden führte Bernstein aus: Die Unternehmer sehen ein, daß sie es gegen die Arbeiter auf die Dauer gar nicht aushalten, und daß sie untereinander verschiedene Interessen haben. Ich könnte das mit konkreten Beispielen beweisen. Immer mehr wächst die Zahl derjenigen auch unter den Besitzenden, die aus sehr materiellen Gründen ein Interesse daran haben, mit den Arbeitern gut zu stehen. . . . Es ist ja auch ganz selbstverständlich; je mehr die Arbeiterklasse anwächst, um so größer wird die Bedeutung der Arbeiter als Konsumenten, und um so größer ist das Interesse der Unternehmer, die Konsumentenkraft der Arbeiter zu haben. Das können Sie doch nicht leugnen. Und die Folge ist nicht nur, daß diese Leute den Bestrebungen der Arbeiter wohlwollend gegenüberstehen, sondern daß sie sie zuweilen auch tatkräftig unterstützen. Das wird sich mit der Zeit immer mehr steigern. . . . Die wachsende Arbeiterbewegung zwingt uns immer mehr, auf Illusionen zu verzichten und die Institutionen der heutigen Gesellschaft nach Möglichkeit in unsern Dienst zu stellen.

Etwas anderes wollen wir auch nicht. Anderseits ist zu bedenken, daß man die Stellung, welche sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung bis heute durch ihre Kämpfe und ihre Arbeit und durch die sittlichen Tendenzen der Organisation in der Gesellschaft erobert hat, nicht unnötig gefährden soll. Der Gesellschaft, die nur den schrankenlosen Konkurrenzkampf unter sich kennt, muß es imponieren, wie in der Gewerkschaftsbewegung der einzelne selbstlos seine Person und seine Interessen zugunsten aller zur Verfügung stellt. Der organisierte Arbeiter, der vor wenig Jahren noch als ein mit einer Petroleumkanne bewehrter Umstürzler und Anarchist dem schreckhaften Philister und Spießbürger vorgeführt werden konnte, ringt sich überall in Deutschland nach oben. In den Gewerbe-gerichten, in der Versicherungs-gesetzgebung, als Schöffe, bei den Verhandlungen mit den Unternehmern, überall gewinnt dank seiner organisatorischen Erziehung der Arbeiter Einfluß und weckt soziales Verständnis auch in Kreisen, die bislang vor Arbeiterorganisationen drei Kreuze geschlagen haben. Dafür ist unser Beruf der beste Beweis. Die Gewerkschaften experimentieren nicht, nach langer Prüfung und reicher Erfahrung erst entschließen sie sich für bestimmte Wege — von denen sie sich dann um ihrer Existenz willen durch irgendwelche gewaltsame Einflüsse nicht abdrängen lassen können —, um Position auf Position erobern zu können. Wahr ist es, was der Abgeordnete Heine vor etwa drei Jahren sagte:

Von hoher Wichtigkeit ist für uns die gewerkschaftliche Praxis. Die Gewerkschaften können das Kultur-niveau in die Höhe bringen.

Mehr Lohn ist mehr Macht. Eine bessere Behandlung, weniger Unterwürfigkeit unter die Unternehmer, das ist eine Erhöhung der Seele des Arbeiters. Es gibt Leute, die nennen das eine Kleinigkeit, und doch ist das der Weg, auf dem sich die Gesellschaft umbildet. Unsere politische Bewegung hat den größten Gewinn von den Gewerkschaften.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften erheischt auch, daß sie spekulativen Theorien möglichst aus dem Wege gehen. Heute die Gewerkschaften mit dem Ballaste des Generalstreiks oder politischen Massenstreiks zu bepacken, heißt sie in ihren lebendigen Aufgaben zu Boden ziehen. Die größere innere Festigung, das Unterstützungsweesen, die Tarifverträge, die Anstellung besoldeter Beamten bei gleichzeitiger Ausdehnung der Gewerkschaften haben für diese eine ganz neue Situation geschaffen, über die man mit radikalen Redensarten nicht hinwegkommt. Aber nicht nur davon ist die Tätigkeit und die Taktik einer Gewerkschaft abhängig; sie ist auch abhängig von ihrer geschichtlichen Entwicklung, von den besonderen beruflichen Verhältnissen einer Organisation, von dem Verhalten der betreffenden Unternehmer, denn es ist doch ein Unterschied, ob man mit der Fraktion Rösche oder mit der Fraktion Kühnemann zu tun hat. Also die sozialen Zustände in einer Organisation sind ebenfalls von Einfluß auf die Taktik, ferner der Umfang und die Einrichtungen einer Organisation und selbstverständlich in erster Linie die allgemeinen gewerblichen und die wirtschaftlichen Verhältnisse. Deshalb vor Jena die schärfste Ablehnung des Generalstreiks in fast allen Gewerkschaftsblättern: „Heute sich mit Fragen wie Generalstreik und politischer Massenstreik ernsthaft zu beschäftigen, hieße nichts anderes, als was in jahrzehntelanger, mühseliger und opfervoller Organisationsarbeit aufgebaut, in einem einzigen Augenblicke mutwillig aufs Spiel setzen,“ schrieb im vorigen Jahre die „Allgemeine Steinseifer-Zeitung“ und selbst die Magdeburger „Volksstimme“ kommt in ihrer Besprechung des Jenaer Parteitages zu einer glatten Ablehnung des Generalstreiks. Man soll in Arbeiterkreisen nicht vergessen, daß man so leichtfertig wie die von Bebel zitierten Genossen denn doch nicht die Zeiten des Sozialistengesetzes herbeiführen darf. Heute fänden die Machthaber vielleicht etwas mehr zu zertrümmern als 1878. Wer von uns vermöchte anzugeben, wo hier im Ernstfalle Halt geboten wäre? Nicht das Wahlrecht allein würde der Gegenstand des Kampfes sein, sondern die ganze Kultur. Das überlegen sich die herrschenden Gewalten zweimal, ehe sie diesen Schritt wagen, und dreifach müssen es sich die Arbeiter überlegen, ehe sie durch eine verkehrte, den Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechende Taktik nur neuen Nährstoff dem Feuer der Reaktion zuführen. Wenn selbst führende sozialdemokratische Blätter wie die „Leipziger Volkszeitung“ schreiben: „Der Parlamentarismus und das Reichstagswahlrecht sind nicht das letzte Wort der Arbeiterbewegung“, dann hat man kein Recht, über den Anarchosozialismus Friedeberts die Nase zu rümpfen, und wenn daselbe Organ den Machthabern von heute sagt: „Die alte geschichtliche Wahrheit besteht auch heute noch zu Recht, daß die physische Gewalt und ihre verschiedenen Organisationen in letzter Linie auch über die Geschichte der Klassenkämpfe entscheiden“, dann ist es doch selbstverständlich, daß von der andern Seite jede Gelegenheit benutzt wird, wo irgend zugänglich, die Arbeiterchaft zu schädigen und zu bekämpfen. Und immer und immer wieder finden es die Gewerkschaften, an die man sich halten kann, um dann von der Sozialdemokratie zu erfahren, daß die Gewerkschaften mit dieser Partei identifiziert würden. Weil es eben an dem ist, darum müssen die Gewerkschaften verlangen, daß ihren Aufgaben und Arbeiten die Partei Rechnung trägt. Befolgen wir Gewerkschaftler die Worte des Fabrikinspektors Wörrischhofer, der 1899 schrieb:

Es hängt nicht nur der Fortschritt der gesamten Kultur von dem Fortschritte der immer zahlreicher werdenden Arbeiterklasse ab; auch die letztere kann die möglichen und wünschenswerten Fort-

schritte nicht machen, wenn sie nicht fortwährend an ihrer allseitigen Vervollkommnung arbeitet, und wenn sie nicht im Zusammenhange bleibt mit der gesamten Kulturentwicklung. Jede Loslösung der Arbeiter aus diesem Zusammenhange und jede gewaltsame Isolierung der Arbeiter muß daher diesen Prozeß stören.“

Wir sind der Meinung, daß die Debatte über den Generalstreik diesen Gedanken nicht fürderlich gewesen ist. „Werkwürdig“ — um das Wort Bebel's hier anzuführen — ist bloß, daß damals die „B. W.“ schrieb: „So also charakterisiert ein hervorragend tüchtiger Beamter in verantwortlicher Stellung die Aufgaben und die kulturelle Bedeutung der Arbeiterklasse“. Bebel sagte in Jena: „Die Entwicklung in möglichst friedliche Bahnen zu lenken, das hängt auch mit von uns ab“, um durch die Dresdener Resolution zu demonstrieren, wie er sich diese „friedlichen Bahnen“ denkt!

Trotz Dresden und Jena müssen aber unsere Gewerkschaften in den bisherigen Bahnen der Entwicklung bleiben und prinzipiell auf dem Boden einer reformerischen Arbeit beharren, wenn sie überhaupt eine Existenz haben wollen — und wenn es heute und in Zukunft eine deutsche Arbeiterbewegung geben soll, die diesen Namen verdient und auch fähig ist, ihn in der Praxis des Lebens der Gesellschaft gegenüber im Interesse der Arbeiter zur Geltung zu bringen.

Briefe aus Oesterreich.

Wie bereits kurz über den bisherigen Verlauf der wieder aufgenommenen Tarifverhandlungen in Nr. 114 des „Corr.“ mitgeteilt, hat das vom österreichischen Tarifamt eingesetzte Tarifkomitee am 25. September seine Arbeiten beendet, und es wird nun Sache der österreichischen Kollegenchaft sein, zu dem aus dessen Verhandlungen auf Grund der beiderseitigen Vorlagen hervorgegangenen Elaborate Stellung zu nehmen. Es muß in erster Linie festgehalten werden, daß die diesmaligen Komiteeverhandlungen gegenüber denjenigen von 1899 sich bedeutend schwieriger gestalteten und auch wesentlich mehr Zeit beanspruchten als jene. Der Grund hierfür lag in der bedeutenden Abweichung der beiderseitigen ursprünglichen Vorlagen, von denen bemerkt werden muß, daß derjenigen der Gehilfen in bezug auf die Ansätze die geänderten Wohnungs- und Lebensverhältnisse zugrunde lagen und im übrigen hauptsächlich die Klarstellung verschiedener, oft zu Differenzen Anlaß gebender Punkte deren hauptsächlichstes Ziel bildete. Was die Prinzipalvorlage anlangt, so wurde mit derselben allen nur möglichen Wünschen, welche im Kreise der Unternehmer zur Klärung gelangten, Rechnung getragen. Kein Wunder also, wenn die Gegenstände von vornherein fast unüberwindlich erschienen. Es wäre einfach unmöglich gewesen, auf Grund der beiderseitigen Vorlagen im Wege der großen Konferenz zu einer Einigung zu gelangen. Dieser Ansicht konnten sich denn auch die führenden Personen im Prinzipalrat nicht verschließen, und auf Grund dieser Erkenntnis wurde der Beschluß gefaßt, ein aus zwölf Personen bestehendes Komitee unter dem Voritze der beiden Tarifratsobmänner einzusetzen, dem die Aufgabe zufallen sollte, die Gegenstände zu mildern, das heißt auf Grundlage der beiderseitigen Tarifentwürfe eine Vorlage auszuarbeiten, die der großen Konferenz als Basis der Verhandlungen dienen könne.

Was nun diese Vorlage, welche mit Nr. 40 des „Vorwärts“ in die Hände der österreichischen Kollegenchaft gelangt, betrifft, so muß festgestellt werden, daß noch verschiedene Punkte in derselben vorhanden sind, bezüglich deren es im Vierzehnerkomitee nicht gelang, einig zu werden. In erster Linie kommen hier die Bestimmungen über Arbeitszeit, Minimum, Tarifendpreis und Klasseneinteilung in Betracht, welche auf der großen Konferenz zur Verhandlung gelangten, da die Prinzipalratsvertreter im Komitee erklärten, in bezug auf die Frage der Arbeitszeit keine Zusage machen zu können. Was die übrigen drei Punkte anlangt, werden auf der Konferenz die Delegierten aller Kronländer anwesend sein, was besonders bei der Festlegung der Klasseneinteilung ins Gewicht fällt, da die einzelnen Delegierten wohl am besten wissen werden, woran es ihren Mandanten gerührt. Die Bestimmungen für Maschinenmeister, wo es sich um die bedingungsweise Bedienung einer dritten Maschine handelt, haben insoweit eine Annäherung aufzuweisen, als der Abschluß einer diesbezüglichen Vereinbarung gegen eine tägliche Entschädigung von einer Krone für eine Reservemaschine, welche jedoch nur 15 Stunden in der Woche im Betriebe sein darf, zustande gekommen wurde mit der Einschränkung, daß dieses Zugeständnis auf die Kronlandshauptstädte keine Anwendung finden dürfe. Gegenüber verlangen die Prinzipale, daß nur Wien ausgenommen sein solle. Im weiteren soll die Dauer der Ausschlusskondition in Zukunft auf vier Wochen beschränkt werden, nach welcher Frist, falls nicht ein anderes Übereinkommen getroffen wurde,

vierzehntägige Kündigung einzutreten habe. Ferner wurde festgelegt, daß gelehrte Buchdrucker, wenn sie ausschließlich zum Korrekturenlesen verwendet werden, Anspruch auf einen Ausschlag von mindestens 15 Proz. auf das ortsübliche Minimum haben. Die Beschränkungen für eine Einschränkung insofern, daß, während früher auf je drei Gehilfen ein Lehrling entfiel, nunmehr vom 31. Gehilfen ab nur auf je vier und vom 47. Gehilfen ab nur auf je fünf Gehilfen ein Lehrling entfallen soll. Jenen Disziplinen, welche nur einen Lehrling halten, wäre es gestattet, in den letzten vier Monaten der Lehre denselben einen neuen Lehrling einzustellen. Die Ansätze für das Berechnen haben in verschiedenen Punkten Ergänzungen und Klarstellungen gegen früher erfahren; grundsätzlich geändert erscheint hier nur die Bestimmung über den gemeinlichen Satz, dessen Berechnung in Zukunft auf einfachere Weise erfolgen soll. Unter die Bestimmungen für Maschinenfabrik, welche, wie erinnerlich, zum Abbruche der Verhandlungen führten, hat, wie bereits mitgeteilt, der Pajus Aufnahme gefunden, daß bei Einführung neuer Systeme von Sechsmaschinen dem Tarifante die Pflicht obliegt, über Ansuchen auch nur einer der vertragsschließenden Parteien innerhalb vier Wochen die beiden Verbandspräsidenten zur Tarifierung dieser Systeme einzuberufen, wobei eine Frist zur Sammlung von Erfahrungen festgesetzt werden kann, welche die Grundlage für die Tarifierung zu bilden haben. Weiterhin fand eine Bestimmung Aufnahme für die Verwendung von Segern an einer Reservemaschine oder in Verhinderung eines ständigen Maschinenjegers. Gegen die Zustimmung zu einer Verlängerung der Gehaltzeit an der Maschine von zwölf auf fünfzehn Wochen, wovon die ersten vier nach dem ortsüblichen Minimum, die nächsten vier mit 5 Proz. und die verbleibenden sieben mit 10 Proz. Ausschlag bezahlt werden sollen, liegen die Prinzipale die Forderung auf Ausbildung der Lehrlinge an den Sechsmaschinen fallen. Auch eine Erhöhung der Leistung um 200 Buchstaben per Stunde für jene Segger, welche bereits ein Jahr an der Maschine (Ginotype, Monoline, Typograph) arbeiten, mußte zugestanden werden, da verschiedene Prinzipale aus der Provinz den Nachweis lieferten, daß ihre Gehilfen regelmäßig die Durchschnittsleistung überritten.

Dies wären also im großen und ganzen die Hauptpunkte, in welchen das Elaborat Abweichungen gegen den noch bestehenden Tarif aufweist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, trotzdem die Delegierten im Vierzehnerkomitee mit aller Macht gegen die seitens der Prinzipale geplanten Verschlechterungen ankämpften, deren Festsetzung auch zum größten Teile gelang, bei Bekanntwerden der Vorschläge für die große Konferenz die Gesamtheit der Kollegen gegen manche Bestimmung entschiedene Stellung nehmen wird. Besonders was die Normen für die Maschinenmeister anlangt, dürften dieselben, nach der herrschenden Stimmung zu schließen, auf heftigen Widerstand stoßen, und es wird aller Voraussicht nach der Delegierten zur großen Tarifkonferenz, welche am 24. Oktober zusammenzutreten soll, ein schweres Stück Arbeit harren, um den Tarif in beide Teile befriedigender Weise zum Abschluß zu bringen und so dem Gewerbe wieder auf längere Zeit den so notwendigen Frieden zu sichern.

Am 9. und 10. September tagte in Wien der außerordentliche Verbandstag der Buchdrucker Oesterreichs, dessen Tagesordnung als zweiten Punkt die Gründung des Reichsbereichs aufwies. Auf dem Verbandstage waren sämtliche Verbandsvereine vertreten. Als Gäste waren anwesend Delegierte der reichsdeutschen wie der ungarischen Buchdruckerorganisation, der Senefervereine, der Gewerkschaftskommission und der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes. Von Anfang an hatte schon der Prager Verein gegen den Verbandstag Stellung genommen wegen der hierdurch erwachenden Kosten, während dessen Delegierte auf dem Kongresse selbst beantragten, daß die Beratung und Beschlußfassung über den zweiten Punkt der Tagesordnung für die Verbandsvereine unverbündlich sein sollte. Dieser Antrag wurde seitens des Verbandstages abgelehnt, worauf die Prager Delegierten die Erklärung abgaben, den Kongress verlassen zu müssen. Obwohl der Verbandsvorstand den Vertretern des Prager Vereins insoweit entgegengekommen war, daß ausgesprochen werden sollte, die Verbandsvereine vorerst zu nichts zu verpflichten, sondern einzig und allein dem niederösterreichischen Vereine die Aenderung seines Statuts aufzutragen und den Verbandsvorstand mit den zur Auflösung des Verbandes notwendigen Vorarbeiten zu betrauen, beharrten die Vertreter des böhmischen Vereins auf ihrem Standpunkte und verließen den Verbandstag, worauf die Annahme des Verbandsvorstandsantrages sowie die Beratung des Statuts des Reichsbereichs erfolgte. Es ist auf jeden Fall bedauerlich, daß das nationale Moment — und nur um dies handelt es sich hier — zu einer Spaltung in einer Branche führte, wo es nach Lage der Verhältnisse äußerster Notwendigkeit wäre, geschlossen und geeint zusammenzuwirken, bedauerlicher um so mehr, als ja den Angehörigen der Prager Organisation, die sich durch ihr Verhalten zum Untergang des Verbandsvorstandes absetzten von der Gesamtheit stellt, entschiedene Nachteile in Unterstützungsangelegenheiten erwachsen dürften. Obwohl auch in der Organisation der Buchdrucker — wie es in Oesterreich einmal nicht anders geht — die verschiedensten Nationen vertreten sind, fühlt doch keine, mit Ausnahme eines Teiles der tschechischen, sich in nationaler Hinsicht bedrückt. Es wäre im Interesse der Buchdruckerbranche und deren Organisation zu wünschen, daß man auch in Prag in absehbarer Zeit zu dem Erkenntnis kommen möge, daß jede

wirkliche Gewerkschaftsorganisation in allererster Linie von den wirtschaftlichen Verhältnissen diktiert. Notwendigkeiten Rechnung tragen müsse, anstatt durch un sinnige Verharren auf einem die Allgemeinheit benachteiligenden Standpunkte kaum errungene Vorteile wieder in Frage zu stellen.

In den letzten Wochen sind in Wien wieder einige Scharfmacher mit einem Vorschlage zur Gründung einer Arbeitgeberorganisation hervorgetommen. Der Streik in Kraxen hat diesen Elementen, hinter denen als Drahtzieher der auch von manchem Unternehmer in der gebührenden Weise eingeschätzten Haut-Waß stehen dürfte, die Veranlassung gegeben, an die Unternehmer und Genossenschaftsvorstände mit der Aufforderung zum Anschlusse an eine „Vereinigung der Arbeitgeber“ heranzutreten. In der Einladung zum Beitritte wird ganz offen und schamlos ausgeprochen, was die Herrschung mit ihrer Gründung anstreben: eine Verschärfung des Koalitionsgesetzes. Zu dem von der neuen „Organisation“ veranstalteten Arbeitgebertage waren etwas über 60 Delegierte erschienen. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde unter anderem auch über die Reform der Arbeiterversicherungsgeetze gesprochen und die Weglegenheit benötigt, eine Resolution zu verfassen, in welcher mit der notwendigen Entschiedenheit gegen die Verleumdungen (?) des Unternehmens seitens der Teilnehmer an dem im August stattgehabten Krankenkassentage Stellung genommen wird. Jedenfalls muß es Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft sein, auf diese Neugründung ein strenges Augenmerk zu richten. w.

Korrespondenzen.

Berlin. (Aus der Vereinsversammlung vom 27. September.) Vor Eintritt in die Tagesordnung erhte die Versammlung in der üblichen Weise durch Erheben von den Sigen das Andenken der verstorbenen Kollegen Seher Arthur Koch und Drucker Heinrich Claus. Letzterer war Mitglied des Gauvorstandes, bis ihn seine Krankheit zwang, diesen Posten niederzulegen. Warme Worte des Gedächtnisses widmete ihm der Vorsitzende. Ein Vertreter des Arbeiterausschusses der Reichsbroderei führte zur Nichtigstellung des Berichtes der vorigen Versammlung an, daß die Direktion nicht zugefagt habe, in Zukunft immer nach der Anciennität zu entlassen, sondern nur das Verpfehen gegeben habe, in Zukunft **nüchtern** nach der Anciennität zu entlassen. Dann gab der Vorsitzende das Resultat der Wahl von vier Beisitzern zum Zentralvorstande bekannt. Abgegeben wurden: 4871 gültige Stimmzettel, davon 64 ungültig, verbleiben 4807 gültige. Davon erhielten die Kollegen: Glaser, R., M.-S., 4702, Hoyer, K., Dr., 4684, Olberg, Hermann, 4675, Wonnigk, Otto, 4537, gesplittert waren 625. Die letzte Vertrauensmännerversammlung faßte auf Anregung des Gauvorstandes den Beschluß, im Hinblick auf die kolossale Lebensmittelerhöhung, namentlich die enorme Steigerung der Fleischpreise, bei den Prinzipalen vorstellig zu werden, um denjenigen, die zum Minimum oder wenig darüber entlohnt werden, es also zweifellos in erster Reihe am bedürftigsten sind, eine Zulagenzulage zu erwirken. Der Gauvorstand hielt es für notwendig, nach dieser Richtung hin vorstellig zu werden, da es gleichsam ein Probierstein sei für das sozialpolitische Verständnis der Prinzipale, wie weit dieselben einsehen, daß bei außerordentlichen Verhältnissen auch außerordentliche Maßnahmen am Platze sind. Inwieweit die Prinzipalität den berechtigten Wünschen der Gehilfenchaft entgegenzukommen geneigt ist, läßt sich noch nicht endgültig feststellen. Aber in 14 Tagen hofft der Gauvorstand ein definitives Resultat den Kollegen unterbreiten zu können durch Veröffentlichung der in Betracht kommenden Firmen. Bis jetzt nimmt ein Teil der Prinzipale den Standpunkt ein, nichts zu bewilligen, sondern verweist auf die nächstjährige Tarifberatung, die so wie eine Lohnerböhung bringen müsse; ein anderer Teil will abwarten, welchen Standpunkt die demnächst stattfindende Kringspalsversammlung einnimmt. Bis jetzt haben 24 Firmen Zulagen bewilligt, teilweise dem gesamten Personale. Der weitaus größte Teil der Personale, darunter die bedeutendsten Firmen am Orte, mit Ausnahme von zweien, welche bewilligt haben, befindet sich noch in Verhandlungen. Viele Prinzipale wären bereit, Zulagen zu gewähren, aber sie fürchten, von ihren eigenen Kollegen den Kopf gewaschen zu erhalten, wie es z. B. einer Firma erging gelegentlich des Vorgehens der Hilfsarbeiter. Ein deutlicher Beweis, daß unsere Prinzipale sehr wohl imstande sind, den bestehenden Forderungen der Gehilfenchaft entgegen zu kommen. Die von vielen Prinzipalen in den Vordergrund gerückten Konkurrenzverhältnisse, welche gerade in der letzten Zeit so arge Auswüchse treiben, machen es uns zur Pflicht, streng darauf zu achten, daß bei denjenigen Firmen, welche durch Preisunterbietungen Arbeiten an sich zu reißen suchen, die tarifliche Entlohnung **genau** innegehalten wird, und daß nicht die Arbeiter es sind, welche die Kosten einer oftmals wahn sinnigen Konkurrenz zu tragen haben. In der Ueberstundenfrage herrschte die einstimmige Meinung, daß so wenig wie möglich Ueberstunden geleistet werden dürfen, die höchst zulässige Zahl sei sechs pro Woche. Nur unter Zustimmung der Vertrauensleute kann bei besonderen Verhältnissen diese Zahl überschritten werden. — Bei der jetzt stattfindenden Einstellung von Lehrlingen werden die Kollegen aufmerksam gemacht, genau auf die Innehaltung der Lehrlingskassa zu achten und von etwaigen Ueber-

schreitungen dem Gehilfenvertreter Siebeck oder Kollegen Schliebs Mitteilung zu machen. Die Kosten für den Arbeitsnachweis wurden debattelos genehmigt. Der vorgerückten Zeit wegen wurde die Besprechung über das Arrangement unseres diesjährigen Stiftungsfestes bis zur nächsten Versammlung vertagt. Ausgetreten die Seher: Max Wein, Erwin Schulze, Joh. Wadsening, der Drucker Herrm. Ortman und Prinzipal Bruno Wolter, letzterer mit Resign. In die Reihe der Zuvalden getreten Seher Fern. Mlyski (genannt Donnick). Ausgeschloffen: Seher Herrm. Markert wegen Resign. und Drucker Otto Müller aus Berlin nach § 5 b des Statutes.

Frankfurt a. M. Die heutige Maschinenfehrversammlung gab, nachdem sie ihre Tagesordnung erledigt, ihrem lebhaftesten Bedauern Ausdruck, daß so viele auswärtige Kollegen auf verlockende Stellungsangebote von hier abziehen, ohne — wie schon so oft von allen Zuständen verlangt — vorher beim Vorstande (Franz Forten, Keplerstraße 19, 1b) Erkundigung einzuziehen. Sehr viele Kollegen würden dadurch ihre Reise- resp. Umzugskosten sparen.

H. Hamburg. (Zur Klarstellung.) In Nr. 106 des „Corr.“ war im Verfallungsberichte des Norddeutschen Maschinenfehrvereins u. a. auch der Kontrolle der Maschinenfehrer bei Auer & Co. Erwähnung getan und diese Art der Kontrolle als Handlungsdienste dem Geschäft gegenüber bezeichnet. Am Schlusse einer erfolglos Berichtigung wurde gesagt, daß für die geübte Kontrolle die Vertreter in Betracht kommen. Nach stattgefundener Aussprache der hieran beteiligten Personen wurde jedoch festgestellt, daß eine Kontrolle seitens der Metzgerei überhaupt nicht stattgefunden hat, welcher Irrtum hiermit berichtigt wird. Die im Anschlusse an diese Angelegenheit der Geschäftsleitung gemachten Vorwürfe seien hierdurch mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen.

-o- Waddeburg. Die Maschinenfehrvereinigung Gau An der Saale hielt am 24. September eine Versammlung ab, in welcher der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen bekannt gab und die eingegangenen Zirkulare der Zentralkommission verlas. Betreffs unserer Generalversammlung wurde besprochen, dieselbe am 19. November 1905 in Köthen abzuhalten und den Teilnehmern das volle Fahrgeld vierter Klasse zu vergüten. Unter „Technisches“ wurde die von der Versammlung vorgenommene Besichtigung der „Monoline“, welche hier zur Neife amgeteilt ist, einer Besprechung unterzogen. Unter „Verschiedenes“ wurde angefragt, weshalb wir unser Stiftungsfest nicht gefeiert haben; es wurde dem Kollegen mitgeteilt, daß, wenn unsere eigenen Maschinenfehrkollegen sich so minimal daran beteiligten, es doch nicht gut anginge, ein Stiftungsfest zu feiern; lediglich aus diesem Grunde habe der Vorstand von einer Feier abgesehen.

G. L. Donabrück. In seiner Nr. 106 bringt der „Corr.“ eine Zuschrift aus Donabrück, die sich, wie es in derjelben heißt, mit „einigen Vorkommnissen“ bei der Firma Weinders & Estermann befaßt, aber von so haltlosen Voraussetzungen ausgeht, daß zur Vermeidung von falschen Schlüssen eine Nichtigstellung am Platze erscheint. Wenn der Einsender jagt, daß die Firma M. & C. sich „gegenüber der augenblicklichen Geschäftspläne dadurch schuldig zu halten sucht, daß sie seit sechs Wochen abwechselnd ihre Gehilfen auf deren Kosten längere oder kürzere Zeit ausziehen läßt“, so ist eine solche Behauptung an sich töricht, da die Firma wie jede andre überzählige Kräfte entlassen kann, und kein Grund sie davon abzuhalten braucht, dies im gegebenen Falle zu tun. Die Geschäftsleitung hat denn auch lediglich einem Wunsche der betreffenden Gehilfen entsprochen, wenn sie diesen auf deren eignen Antrag entgegenkommend den Wiedereintritt in die innegehabte Stelle durch wechselweises, kurzes Kaustieren gestattet hat. Eine Fortzahlung des Lohnes kann nach Lage der Dinge der Firma nicht wohl zugemutet werden, ein dahingehender Antrag ist ihr aber auch von keinem der betreffenden Gehilfen zum Ausdruck gebracht. Außerdem kann von der Bewilligung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes nur bedingungsweise die Rede sein, und ist das jedenfalls und in jedem einzelnen Falle Sache der Firma. Wenn nun gar die Firma F. W. Kösling zu einem Vergleiche herangezogen wird, so hätte man betrefis derselben doch auch erwähnen sollen, daß im Vorjahre bei dieser Firma mehrere Leute nach 20- bis 30-jähriger Dienstzeit einfach entlassen wurden, und daß die Entlassenen, ohne daß ein Bedürfnis dafür vorlag, von der angegriffenen Firma M. & C. aufgenommen wurden, wo sie heute noch in Stellung sind. Was die Entlohnung der Witwe anlangt, die „angeblich den Korrektor entlasten sollte“ und „als billige Arbeitskraft auch am Kapfen beschäftigt wird“, so wirkt dieser Satz auf den Kenner der Verhältnisse geradezu erheiternd. Es handelt sich um eine Dame mit bester Schulbildung, die, um ihr gutes Fortkommen zu haben, sich zur Korrektorin ausbildet und ihrer tüchtigen Durchbildung wegen selbstverständlich auch technische Ausbildung erhält. Von einem Vorteile für die Firma M. & C. kann dabei für jeden verständig Urteilenden gar keine Rede sein, noch weniger davon, daß die Dame als Seherersatz irgendwie in Frage kommt. Wollte man ihre Tätigkeit, wie der Einsender des Artikels in Nr. 106 wünscht, tariflich entlohnem, so käme dabei für dieselbe nicht das Salz in der Suppe heraus. Im übrigen können die sonstigen, nicht minder unhaltbaren Anzuspaltungen auf sich beruhen bleiben. Hat die Gehilfenchaft, einerlei ob Verbändler oder Nichtverbändler, Wünsche, der glaubt sie Beschwerde nach irgend einer Richtung hin

führen zu müssen, so kann und wird sie ohne Scheu an rechter Stelle, das ist die Geschäftsleitung, vorstellig werden. Anzuspaltungen der Art, wie sie in dem angezogenen Artikel enthalten sind, richten sich im übrigen von selbst, denn durchsichtig genug ist, daß ihnen andere Motive zugrunde liegen als die Förderung des Wohlles der Gehilfenchaft.

Stuttgart. (Württembergischer Maschinenfehrverein.) Es lag zwar nicht in unserer Absicht, die Angelegenheit betrefis Gründung einer „Technischen Mitteilungs“ für die Maschinenfehrer Deutschlands im „Corr.“ weiter zu spinnen; vielmehr glaubten wir durch unsern letzten Verfallungsbericht der Zentralkommission die Befürchtung entzogen zu haben, als ob wir, wie noch immer vermutet wird, durch diese Gründung uns von der Gesamtheit loslösen und unsere eignen Wege gehen wollten. Da nun aber durch die Berliner Korrespondenz in Nr. 111 die Sache vor die breitere Öffentlichkeit gebracht wurde, sehen wir uns veranlaßt, den genauen Tatbestand hier festzustellen. Der Maschinenfehrverein Gau Württemberg gibt schon seit Jahren für seine Mitglieder eine monatlich erscheinende „Korrespondenz“ heraus, in der neben dem monatlichen Berichte des Vorstandes nur rein technische Fragen behandelt werden, welche letztere fast ausschließlich von Stuttgarter Kollegen verfaßt sind. Um nun den Mitgliedern, speziell den Provinzkollegen, etwas mehr Stoff in die Hand zu geben und ihnen dadurch das Werben um die uns noch fernstehenden Maschinenfehrer zu erleichtern, ging vom Vorstande die Anregung aus, daß in dieser Beziehung etwas mehr geschehen sollte, wobei auch die Bestellung einiger Exemplare der brandenburgischen „Technischen Mitteilungen“ in Vorschlag gebracht wurde. Diese Anregung des Vorstandes nun wurde von einem Kollegen zu einem Antrage dahingehend aufgenommen, daß wir unsere „Korrespondenz“ von der seither üblichen einen Seite auf vier Seiten erweitern, sie neben dem rein Technischen auch kurzen Verfallungsberichten von allgemeinem Interesse zugänglich machen und unsere siddentlichen Nachbarvereine, die kein eignes ähnliches Organ haben, zum Abonnement einladen sollten. Dieser Antrag kam in der Heilbronner Quartalsversammlung zur wiederholten Beratung, fand die Mehrheit und gelangte zur Annahme. Wenn nun in dem Berliner Berichte ganz richtig gesagt ist, daß selbst Stuttgarter Kollegen diesem Antrage nicht freudlich gegenüberstanden, so muß doch andererseits ganz entschieden betont werden, daß weder den zumittumenden Mitgliedern, noch dem Antragsteller selbst durch Annahme dieses Antrages ein aggressives Vorgehen gegen den Norden unterzogen werden kann. Daß dagegen die beiden aus dem Rundschreiben angezogenen Sätze wohl geeignet waren, Mißtrauen gegen uns zu erwecken, und daß diese Sätze etwas unglücklich gewählt sind, soll hier unumwunden zugegeben werden, wie dies auch in der letzten Stuttgarter Maschinenfehrerversammlung bereits festgestellt wurde. Wir müssen aber die Begleitumstände hier unerörtert lassen, da dies zu weit führen würde. Wenn nun von einer „Animosität gegen den Norden“ in jenem Berichte gesprochen wird, so können wir versichern, daß diese erst durch eine weitere unliebsame Polemik bei uns erzeugt werden müßte, da eine solche tatsächlich bis jetzt noch nicht vorhanden ist. Das eine jedoch müssen wir hervorheben: Warum will uns die Zentralkommission etwas verbieten, das sie doch mit der Aufforderung zum Abonnement auf die brandenburgischen „Technischen Mitteilungen“ fortgesetzt empfiehlt? Und ferner als Hauptfrage: Warum gibt die Zentralkommission nicht selbst ein für alle deutschen Maschinenfehrer zugängliches technisches Organ heraus? Sollte die Bedürfnisfrage nicht längst unzuweifelhaft zutage getreten sein? Das ist der springende Punkt, und sobald letztere Frage zur Zufriedenheit gelöst ist, werden die Württembergere nicht nur den strittigen Plan ohne weiteres fallen lassen, sondern auch mit Freunden auf die Herausgabe der bestehenden technischen „Korrespondenz“ verzichten; dies zwar nicht wegen Stoffmangel oder aus technischer Unkenntnis — auch die Schwaben verstehen zu schreiben —, sondern im wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit, welches wir als treue Verbandsmitglieder stets hochzuhalten beabsichtigt sein werden. Wenn auf der nächstjährigen Konferenz über obige Frage Einigkeit erzielt werden kann, so ist der Zweck dieser Feilen erreicht und der Wunsch der Maschinenfehrer vom Gau Württemberg erfüllt. Möge die Zentralkommission sich mit dieser Erklärung bis zur mündlichen Auseinandersetzung zufrieden geben und obige Anregung bis zur Konferenztagung im Auge behalten. Wir sind überzeugt, daß wir nicht vereinzelt dastehen und daß eine befriedigende Lösung sicher gefunden werden kann. Der Vorstand des Maschinenfehrvereins Gau Württemberg.

G. Wittenberg. (Ein Opfer des Gutenbergsbundes.) Es ist schlimm bestellt um den moralischen Halt des Gutenbergsbundes. Wird auch die Außenwelt durch Lügen und sonstige Scheinmanöver im „Typograph“ über die innere Faule hinweggeföhrt, so steht doch das eine fest: der Gutenbergsbund hat jeden moralischen Halt verloren. Durch ein weiteres Beispiel von hier soll dieses bewiesen werden. Schon öfter ist ja im „Corr.“ von hier die beschämende Tatsache festgelegt worden, daß alle bei der heiligen Firma Wattenrod anfangenden Gehilfen zwangsweise dem Gutenbergsbunde eingegliedert werden, ob sie wollen oder nicht. Auch alle Neuzugeworbenen müssen bei Strafe der Entlohnung dem Bunde beitreten. Daß die hiesige Bundesleitung noch keinen Finger krumm gemacht hat, um die Befreiungssucht bei W. einzudämmen, ist schon im letzten Berichte dargelegt worden. Und daß es um die Ausbildung der be-

datenswerten Lehrlinge unter solchen Umständen schlecht bestellt ist, ist leicht erklärlich. Auch mit der ewigen Kon- dition bei W. ist es selbst bei Bundesmitgliedern schlecht bestellt, mit Ausnahme ihrer „verdienten“ Leitung. So wurde kürzlich ein Diener 1904 Ausgelernter wegen Ar- beitsmangel entlassen, der in der ersten Zeit mit 12, später aber 16 Mark abgehafft wurde. Bezugsberechtigt im Bunde, bezog derselbe die Arbeitslosenunterstützung und harpte der Dinge, die da kommen sollten. Von Ver- bandskollegen aufmerksam gemacht, daß er vom Bunde nichts weiter erhoffen sollte, bemühte sich derselbe auf An- raten um Kondition nach auswärts. Da lief u. a. eine Offerte des berühmten Tarifverächters Wagenmann in Haynau i. Schl. ein; diese total untarifmäßige Kondition sollte der betreffende Gehilfe auf Anraten des hiesigen Bundes- kassierers Brake (den Kollegen im Bezirke wohl genügend bekannt) eventuell annehmen. Betreffender Kollege zog es jedoch, wiederum auf Anraten der hiesigen Verbandsmit- glieder, vor, auf diese Fährnisse zu verzichten. Das und das Harmonisieren mit den hiesigen Verbandsmitgliedern verschmüßte den hiesigen Bundesgewaltigen gar sehr. Nach einigen Wochen bekam der betreffende Kollege die Auf- forderung, für 18 Mark in Sträßhain anzufangen, was ebenfalls abgelehnt wurde. Und nun zeigte sich die Er- barmlichkeit des Bundes in seiner ganzen Größe. Der B. ersand eines Tages in der Wohnung der Eltern des betreffenden Kollegen und ließ sich, ohne den Grund und Zweck zu erklären, von der Mutter des Kollegen, der selbst noch schlief, die Bundesbücher und Papiere ausfindigen. Gleichzeitig wurde ihm die statutgemäße Arbeitslosenunter- stützung entzogen. Das ist die Moral, die Tarifstreue und „Kollegialität“ des Bundes! Kommentar überflüssig!

Mundschau.

Wer durchs Leben sich frisch will schlagen, muß zu Schutz und Trutz gerüstet sein! Diese Worte Schillers sollten jedem Buchdrucker auf seinem Lebensgange als Leitmotiv voranleuchten. Gerade in unserm Berufs- u. das individuelle Arbeiten trotz aller Fortschritte der Maschinenteknik noch in hohem Maße erforderlich ist und unter allen Gewerben — mit Aus- nahme natürlich der rein künstlerischen — auch stets bleiben wird, ist ein Vorwärtstreben auf allen Gebieten des Berufslebens eine unabwendbare Notwendigkeit. Unse organisatorische Stärke findet erst ihre Vertiefung in der sachlichen Tüchtigkeit all bereit, die sich um das Banner Gutenbergs geschart haben. In dieser Beziehung kann nicht oft genug die Mahnung an die Kollegenschaft ge- richtet werden, sich von veralteten Traditionen frei zu machen, vielmehr den Buchdruckerberuf der Gegenwart sich durch eine recht scharfe Brille zu betrachten. Die Tage sind dahin, wo der eine als Schnellhase, der andre als gewissenhafter Drucker an der einfachen Schnellpresse die Höhen der gewerblichen Tüchtigkeit erklimmen konnte. Ach nein, die Kunst Johannes Gutenbergs ist mehr und mehr wieder das geworden, was sie ursprünglich gewesen: ein wirkliches Kunsthandwerk. Nicht aber ein Kunsthandwerk, das mit pri- mitiven Mitteln mühselig etwas Unnennbares leistet, sondern eines, das mit den neuesten Errungenschaften der Maschinenteknik Hervorragendes, vielfach sogar Vollenbetes herau- sbringt. Deshalb sind auch die Anforderungen an die- jenigen Berufsangehörigen, die keine schöpferische Tätigkeit zu entfalten haben, also keine Satz- oder Druckkünstler sind, ebenfalls bedeutend gestiegen; die modernen Maschinen in allen Zweigen unsers Gewerbes sind eben in ihrer Leistungs- fähigkeit ganz wesentlich abhängig von der Tüchtigkeit der sie Bedienenben. Die Notwendigkeit der technischen Weiter- bildung beschränkt sich darum nicht auf den Setzer und Drucker gemessen, sondern sie ist bei den heutigen feinen Differenzierungen in jedem Zweige allgemeines Erforder- nis. Daß der Verband auch diese Seite unsers Berufs- lebens noch mit in das Bereich seiner Tätigkeit einschließen könnte, möchten wir, im Gegensatz zu der Meinung eines Kollegen in der letzten Halleischen Versammlung, bezweifeln, denn unsrer Organisation erwachsen mit der wirtschaftlichen Interessenvertretung der sich immer weiter mehrenden Spezialberufe des Buchdruckgewerbes neue und größere Aufgaben, Aufgaben, welche die Kraft der Organisation und deren Funktionäre in außerordentlichem Maße in Beschlag nehmen. Selbstverständlich soll das keine prinzipielle Erklärung gegen irgendwelche Erweiterung der Organisationsaufgaben nach dieser Richtung sein. Der Gang der gewerblichen Entwicklung wird auch hier ent- scheidend sein, wie er ja bereits bestimmend gewesen ist in bezug auf die Stellung und Behandlung der Sparten. Wir treten aber trotzdem heute schon nachdrücklich für eine größere Beteiligung der Gesamtkollegenschaft an allen technischen Fortbildungsbestrebungen ein, weil die organisatorische Schulung im Vereine mit beruflicher Tüchtigkeit erst die materiellen Erfolge unsers Strebens verbürgt, eine wirkliche wirtschaftliche Besserstellung erst wachstüm- licher macht. Nicht den Zustand wollen wir bereinigt wissen, daß, wie jetzt vielfach in einzelnen Orten sogar in besonderer Auffälligkeit, hohe Anforderungen an tech- nische Fertigkeit und weitgehende allgemeine Bildung nur wenige Großen über dem Minimum als Gegenleistung haben, sondern wir streben eine angemessenere Bezahlung für wirkliche Tüchtigkeit an. Der Möglichkeit, diese zu erwerben, sind jetzt so viele geboten, daß es wahrlich nur von mangelndem Willen abhängt, wenn sie nicht erreicht wird. Unsere Sparten mit ihren Vorträgen sowie Dis- kussionen über technische Fragen und mit ihren Fachkur-

sen, dann die Fachschulen in den größeren Druckorten, ferner die typographischen Gesellschaften mit ihren weitestgehenden Bestrebungen, sie alle geben Gelegenheit, kostenlos oder doch wenigstens fast kostenfrei unsern beruflichen Horizont zu erweitern, uns vorwärts zu bringen oder nachzuholen, was entweder in der Lehrzeit vom Prinzipale gelehrt wurde, oder wozu die jeweilige Kondition keine Möglichkeit bietet. Nach dieser Richtung sind wir jetzt so gut gestellt, wie noch nie. Aber auch unsre fachtechnische Literatur be- findet sich auf einer Höhe, die diesen Bestrebungen nur förderlich sein kann und tatsächlich auch von großem Vor- teil ist. Was bieten z. B. die „Schweizer Graphischen Mitteilungen“? Sieht man die erste Nummer des kürz- lich begonnenen 24. Jahrganges dieser mit Recht beliebten Fachzeitschrift durch, so kann man sich wieder das Beste für die Zukunft versprechen, denn alle Gebiete unsers Ge- werbes finden Behandlung, alle Fragen Erörterung. Neben dieser von Aug. Müller herausgegebenen und der leistungsfähigen Polstschneiders Buchdruckerei in St. Gallen hergestellten Zeitschrift, erfreuen sich aber auch die übrigen einer großen Beliebtheit. Das darin angelegte Geld trägt also auf alle Fälle und unter allen Umständen seine Zinsen. Deshalb sei jetzt, wo alle diese technischen Ver- einigungen sich zur Erledigung ihres Winterprogramms anschicken, sei gerade jetzt, wo unser Gewerbe in einzelnen Gegenden wieder frischen Zuwachs erfährt (Berlin, Stettin usw.), wo eine Anzahl junger Berufsangehörigen in die Gehilfenlaufbahn und in unsere Reihen eintritt, die Mahnung an alle Kollegen gerichtet, neben der organi- satorischen Betätigung nicht die Arbeit an der eignen tech- nischen Vervollkommenheit zu vernachlässigen, denn ein alter Erfahrungsjahr sagt: Wer nicht vorwärts geht, der geht zurück!

Der Zustand des Personals im Karlsruher „Volkstreund“, den wir in voriger Nummer mel- deten, ist noch an demselben Tage (Montag dieser Woche) beendet worden. Ein Telegramm brachte uns am Mon- tag Kunde von dieser Verbandsentscheidung in einem Parte- betrieb. Als am Dienstag mittag keine weitere Nach- richt von Karlsruhe eingegangen war, nahmen wir den Inhalt des Telegramms unter „Verbandsnachrichten“ in die Donnerstagnummer auf. Am Mittwochmorgen er- fuhren wir dann aus der Tagespresse, daß der Aus- stand sich auf den Montag beschränkt und am Dienstag morgen die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, die Montagnummer des Karlsruher „Volkstreund“ wäre aber ausgefallen. Bis zur Stunde — Donnerstag mittag — ist uns von Karlsruhe noch keinerlei Mit- teilung zugegangen; man telegraphierte uns die Arbeitsniederlegung am Montag, und dann ließ man den „Corr.“ ohne jede weitere Nachricht. Ein solches Ver- halten in Konfliktfällen haben wir schon so häufig ge- seht, daß einem wahrhaftig die Lust vergeht, in dieser Beziehung noch Worte zu verlieren; eine solche Nachlässig- keit können wir einfach nur verurteilen. Im Karlsruher Falle hätten wir z. B. in der gleichen Nummer auch die Beilegung des Konfliktes melden können. Zur Sache selbst wollen wir mitteln, daß die Einführung einer Sep- machine die Entladung des Weitters brachte. Die Ge- schäftsleitung engagierte zwar einen perfekten Maschinen- setzer, wollte aber zwei Kollegen aus dem Personale noch als Maschinensetzer ausbilden. Das Personal des „Volkstreund“ aber glaubte sich auf den § 34 des Tarifes stützen zu können und forderte, daß nur Kollegen aus dem Personale an die Sep- machinen kommen. Das am Montag abend noch in dieser Angelegenheit zusammengetretene Tarifschiedsgericht fällt nach zweifelhafter Verhandlung folgenden Entscheide: „Das Schiedsgericht der Buchdrucker hält die Fassung des § 34 des Tarifes, beim Uebergange vom Hand- zum Maschinen- setze die für den Maschinensetzer anzulehrenden Gehilfen „möglichst“ dem eignen Personale zu entnehmen, für un- klar; kann aber die Auffassung des Klagestellers nicht teilen, daß außer Leuten des eignen Personals noch fremde Kräfte herangezogen werden. Das Schiedsgericht hält es deshalb im Sinne der Kommentierung des § 34 für richtig, die Einstellung des Maschinensetzers Hermann rückgängig zu machen. Das Schiedsgericht Karlsruhe hält ein Niederlegen der Arbeit ohne Anrufung des Schieds- gerichtes für tarifswidrig und erblickt in dieser Vertrags- verletzung eine Schädigung der guten und wünschens- werten gegenseitigen Beziehungen zwischen der hiesigen Gehilfenchaft und der Prinzipalität. Es ist deshalb die Arbeit am Dienstag früh vom gesamten Personale wieder aufzunehmen.“ Beide Parteien fügten sich ohne weiteres diesem Schiedsbescheide. Der engagierte Maschinensetzer wurde nicht eingestellt und das Personal ging am Dien- stag in gewohnter Weise seiner Beschäftigung nach.

Eine Lehrwerkstätte für Schriftsatz, also eine Fachklasse für Buchdrucker, will die Stadt Erfurt an der Kunst- und Handelsschule errichten, und zwar nach dem Beispiele der in Magdeburg, Dortmund usw. bereits vor- handenen Fachklassen.

Ueber einen Fall von Unterstützung der Schmutz- konkurrenz durch einen Konsumverein werden uns Mitteilungen gemacht, die zwar völlig glaubwürdig erscheinen, aber doch den einen großen Fehler haben, daß nämlich der betreffende sozialrückständige Konsumverein nicht genannt wird. Dieser Konsumverein hatte also die Herstellung eines Statuts zu verzeihen, das 42 Seiten glatten Satz und vier Seiten Tabellen enthielt. Man wußte sich vor Vergebung des Druckauftrags an mehrere Firmen zwecks Preisberechnung. Eine Saalfelder Firma (Volkstblattdruckerei), der ebenfalls das Angebot gemacht wurde, berechnete das Statut tarifmäßig; der Preis stellte

sich pro 100 Stück auf 90,81 Mk., jedes weitere Hundert 4 Mk. mehr. Doch bald teilte der Konsumverein mit, daß er den Auftrag nicht der Volkstblattdruckerei geben könne, da die Firma Böttner in Arnstadt sich erboten habe, das Statut für 45 Mk. zu liefern. Die Firma Böttner in Arnstadt hat den Tarif nicht anerkannt, der betreffende Konsumverein (er ist, nebenbei bemerkt, nicht in Saalfeld zu suchen) stellt damit seiner Preisdrückerei noch ein besonders schlechtes Zeugnis aus.

Konkurrenzöffnung: Buchdruckereibesitzer Fritz Meißler in Erbad.

Das hundertjährige Bestehen begeht am 14. und 15. Oktober das Weltbuchhaus F. W. Brodhaus in Leipzig. Unter dem Verdachte der Brandstiftung wurde in Zschoppe vor einiger Zeit ein Schriftsetzer verhaftet, jetzt aber wieder aus der Untersuchungshaft entlassen. Seine mitverhaftete Frau wurde im Untersuchungsgesängnisse wachsnächtig und kam in eine Heilanstalt.

Bei den neuerdings ausgebrochenen Ausständen in Moskau sind auch unsere russischen Kollegen vom Kasien angegriffen. In sieben großen Druckereien soll die Arbeit vollständig ruhen.

Starke Zumutungen an die Presse von Inse- renten sind nicht selten. Es gibt Geschäftsleute in Menge, die auf die Füllung des eignen Gebühretels mit allen Mitteln bedacht sind, von anderen Leuten aber er- warten, daß diese in selbstloser Entfaltung nur fremde Interessen wahrnehmen möchten. Was den Zeitungsver- legern oftmals an Gegenständen zur Bezahlung für aus- gesuchte Inseratenaufträge geboten wird, und welchen lächerlichen Wert dieselben im Vergleiche zu dem In- sertionsbetrage meistens repräsentieren, das geht manch- mal über die Gutshür. Uns gehen fast täglich solche Beweise einer ziemlich großen Unverschämtheit zu, die wir aber unmöglich alle erwähnen können, weil wir den „Corr.“ nicht mit solchen Sachen vollproppen dürfen. Leider gibt es aber selbst im Zeitungswesen Leute, für die der Geschäftsgrundsatz „Leben und leben lassen“ nicht existiert. Auch der Direktor J. Hilbrandt der Land- wirtschaftlichen Beamten- und Volkereibeamtenschule zu Braunschweig, der nebenbei noch Geschäftsführer von zwei landwirtschaftlichen Vereinigungen sowie Verleger und Redakteur von nicht weniger als fünf Landwirtschafts- blättern ist, leistet sich in dieser Beziehung etwas Groß- artiges. Der Mann verwendet seine Zumutungen an die Presse gleich gedruckt. Da wird ein Heftchen für die Stellenvermittlung seines Vereins „in Change“ an- geboten; man kann für die fünf Blätter Hilbrandts also ein Gegeninserat aufgeben, was aber völlig zwecklos wäre, da diese fünf Blätter zusammen nur 5000 Exemplare Auf- lage haben. Ferner wird von Hilbrandt die Aufnahme einer etwa vierzeiligen Reklame für seine Volkereibeamtenschule im redaktionellen Teile verlangt und dafür der „wundervoll eingebundene erste Band der so interessanten Schilberung“: „Meine Erlebnisjahre aus der Praxis“, als „Äquivalent“ offeriert. Es ist bedauerlich, wenn so etwas an grünen Holze vorkommt; ein Mann, der selbst Ver- leger und Redakteur ist und auf solche Weise sein Ge- werbe unergreift — finanziell und moralisch — braucht sich nicht zu wundern, wenn sein Name bei seinen Fach- genossen nicht den besten Klang hat. Doch wir wollen gerade sein, es gibt noch mehr solcher Hilbrandts und leider auch genug Blätter, die solche Zumutungen gern erfüllen. Das Mißverhältnis der sieben Großen hat eben in dieser Beziehung eine recht schadhafte Stelle.

Eine neue sozialdemokratische Tageszeitung erscheint vom 1. Oktober ab unter dem Titel „Menschlicher Arbeiterzeitung“. Das neue Blatt ist ein Kopfbild der „Solinger Arbeiterstimme“.

Von Rechts wegen! Wir brachten in voriger Nummer die Mitteilung von dem abermaligen Hereinfall der Stuttgarter Staatsanwaltschaft in der sächsischen Majestäts- beleidigungssache. Interessant dürfte jedenfalls die Er- gänzung sein, daß derselbe Montagsprozeßteil noch in 18 Blättern erschienen ist, gegen welche die Staatsanwalt- schaft jedoch nicht einschritt, der Artikel blieb also in diesen Städten unbeanstandet. Die „Schwabische Tagwacht“ ging, wie in letzter Nummer mitgeteilt, mit einem Frei- spruche aus dem gegen sie wegen dieses Artikels ange- strengten Prozesse hervor. Redakteur Schubert vom „Zweitauer Volksblatt“ muß jedoch wegen ganz desselben Wortlautes acht Monate im Zweitauer Staatshotel ver- bringen!

In Solingen ist ein Gewerkschaftshaus eröff- net worden.

Zwanzig Jahre waren am 1. Oktober verfloßen, seitdem die Berufsangehörigen in ihrer großen Mehr- heit ihre Tätigkeit aufnahmen.

Die „kommunale Praxis“ schreibt über die Woh- nungsstatistik der Dresdener Ortskrankenkasse folgendes: Die eingehend unterrichteten Krankenkontrol- leure erhielten im November vorigen Jahres den Auftrag, die Wohnungen aller in diesem Monate erwerbsunfähig frankten Kassenmitglieder nach Beschaffenheit, Art der Be- nutzung und Umfang usw. zu untersuchen und vorge- fundene Mißstände zu verzeichnen resp. der Leitung der Kasse zu übermitteln. Natürlich handelte es sich bei dieser ganzen Angelegenheit nur um einen Versuch, denn zur Aufnahme einer Statistik großen Stils reichten weder die zu anderen Dingen bestimmten Mittel der Kasse, noch deren Befugnisse. Es sind deswegen, und weil nach Lage der Dinge nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Wohnungen in Frage kommen konnte, auch keine end- gültigen Schlüsse aus dieser bescheidenen Statistik zu

ziehen. Immerhin gestatten die dabei gemachten Wahrnehmungen im allgemeinen ein Urteil über die Wohnungsverhältnisse in Dresden. Untersucht wurden 2287 Wohnungen, von denen 229 oder 10 Proz. Anlauf zu Berichten für die Kontrollreue gaben. In 72 Fällen waren die Räume überfüllt. Von den übrigbleibenden 157 bestanden Wohnungen wurden bezeichnet als dunkel (mit mangelhafter Luftzirkulation) 38, als feucht 71, als nicht vorgerichtet (verschmutzt) 11, als dunkel und feucht 27, als feucht und nicht vorgerichtet 8, als dunkel und nicht vorgerichtet 2. Für diese 157 dunkeln, feuchten und schmutzigen Wohnungen mußten 29758 M. Jahresmiete entrichtet werden, also etwa 190 M. pro Fall und Zimmer. Das ist gar nicht billig, wenn man bedenkt, daß diese Wohnungen meistens im Dachgeschosse oder im Keller (Souterrain) oder auch in Hintergebäuden lagen. Den 290 erwachsenen Familienangehörigen, 250 Kindern und 24 Kfvermietern beziehentlich Schlafstellen standen 154 Stuben, 143 Kammern, 52 Küchen und 43 Vorräume zur Verfügung, von denen die Kfmieter 12 Stuben und 18 Kammern für sich in Anspruch nahmen. — Das Ergebnis dieser Statistik besagt also, daß die Arbeiterkassen zu einer Wohnungseinschränkung verurteilt ist, die ein wirtschaftliches Familienleben nicht aufkommen läßt und die in hygienischer Beziehung äußerst nachteilig wirken muß. Wenn daher der Vorsitzende des in dieser Woche in Paris abgehaltenen internationalen Tuberkulosekongresses zugehen mußte, daß die ärztliche Behandlung der Tuberkulose vollständig bankrott gemacht habe, und alle Bemühungen der Heilkunst nach dieser Richtung nur auf die Verhütung der Ansteckung und auf die Hygiene gerichtet seien, so lehren uns die Zahlen dieser Statistik, daß die Wohnungsfrage nicht die untergeordnete Rolle dabei spielen darf.

Auf dem in Kassel abgehaltenen Verbandstage deutscher Mietervereine entwickelte Professor Naumann recht sonderbare Ansichten. Er sprach nämlich die Hoffnung aus, die Sozialdemokratie werde die Organisation der Mieter durchführen und dann den Mieterverein organisieren. Ob dieser Gedanke auch eine Frucht von Jena ist? An einen solchen Generalstreik werden wohl selbst die massenstreiklustigsten Kautskyanhänger nicht denken.

Ein Verzeßstreik ist bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Hemscheid wegen angeblicher Maßregelung zweier Ärzte ausgebrochen. Bei der Hemscheider Ortskrankenkasse ist seit 1898 das System der beamteten, d. h. fest angestellten Ärzte eingeführt. Die ohne weiteres ihre Tätigkeit eingestellt habenden Kassenärzte wollen nun das System der freien Arztwahl bei diesem Konflikt durchbrechen.

In dem Kampfe in der Berliner Elektroindustrie sind jetzt 40000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt, von den Maschinenisten und Setzern sind etwa 60 oder 70 hiefen geblieben, andererseits haben sich aber noch die Elektromonteur angegeschlossen. Daß die technischen Beamten einspringen, um den Betrieb in den Kraftzentralen aufrecht zu erhalten, das Generalstreik mit großem Widerwillen Streikbrecherdienste verrichten müssen, haben wir bereits in der letzten Nummer berichtet. Es heißt jetzt aber noch, von einem Eisenbahngewerkschaften Soldaten in Zivilkleidung als Hausierer gegenwärtig seien. Am Donnerstag sollten ja 25 Volksversammlungen stattfinden, die sich mit diesem Verhalten der Behörden beschäftigen würden. Das kaufmännische Personal im Zentralbureau des einen Wertes hat sich aber doch entschieden geweigert, Streikbrecherdienste zu verrichten. Der Niesenkampfs vollzieht sich in aller Ruhe, auch soll der Straßenbahnbetrieb jetzt wieder ein regulärer sein. Der Berliner Oberbürgermeister hat auf eine private Anfrage hin sich bereit erklärt, Vermittlungsversuche zu unternehmen. Die Streikleitung ist jedoch offiziell nicht an den Oberbürgermeister hinführen heranzutreten. Der Kampf wird eventuell nochmals eine Erweiterung erfahren. Der Verband der Berliner Metallindustriellen — die Kföhnenmänner also — will nämlich am 14. Oktober seine Betriebe schließen, um sich, wie es in einem Aufrufe heißt, „mit den betroffenen Firmen solidarisch zu erklären“. Dann würden 60000 Arbeiter ausgeperrt und über 200000 Menschen würden als Angehörige in Mitleidenschaft gezogen sein. Die Gewerkschaftskommission und das Gewerkschaftsstatell haben deshalb im Einverständnis mit der Generalkommission Sammlungen für die Ausgeperrten eröffnet. — Die Federarbeiter in Berlin (700) sind ausgeperrt worden. Der bisherige Tarif ist am 30. September abgelaufen, ein neuer nicht zustande gekommen. — In Köln streiten die Damenschneider, die Christlichorganisierten nehmen Teil an dem Ausstände. — Die Düsseldorf Dichter haben nach langem Kampfe die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen und den von den Unternehmern unterbreiteten Tarifvertrag abgelehnt.

Nach fünfzehnwöchiger Dauer haben die Eisenarbeiter in Norjchad, über das bekanntlich wegen eines Zusammenstoßes mit französischen Arbeitswilligen und nachfolgenden heftigen Demonstrationen der Belagerungsart Zustand erklärt worden war, einen vollen Sieg errungen. — Auch in Gent haben die Textilarbeiter nach einem Kampfe von drei Monaten ihre Forderungen durchgesetzt.

Gestorben.

In Bad Nauheim am 29. September der Buchdruckermeister Heinrich Fischer jen. aus Worms.
In Konstanz am 28. September der Seher Wilhelm Wrieshaber, 27 Jahre alt — Schwindfucht.

In Kuzhagen am 23. September der Buchdruckereibesitzer Georg August Rauchenplatt, 77 Jahre alt.

In Mühlendorf a. Zu am 27. September der Buchdruckermeister Johann Geiger.

In Neuruppin am 27. September der Seher Otto Müller aus Koswig, 20 Jahre alt — Schwindfucht.

In Pirna a. G. am 28. September der Buchdruckereibesitzer Julius Eberlein.

Briefkasten.

E. in Schwabach: Hat kein allgemeines Interesse. Der Zentralvorstand kann doch nicht mehr tun, als anfragen lassen. Das ist doch keine Verletzung Ihrer Rechte. — D. S. in Greiz: Einverstanden. Warum haben Sie uns die Notiz über den Landtag nicht früher eingekandt, so daß wir sie erst der Tagespresse entnehmen müßten? Nummern ist sie überflüssig geworden. Bitten, nächstens für briefliche Antwort auch Adresse anzugeben. Gruß! — E. M. in Bochum: Sie wollen sich mit der Verdächtigung an den Zentralvorstand wenden; falls dort noch weiteres Material gegen den Vorstand des Protokolls eingegangen wäre, könnte daselbe mit dem Stenogramm verglichen und dann eben summarisch veröffentlicht werden. — A. in K.: Selbstverständlich ist die Denunziation eine unkollegiale Handlung. Wenn Sie aber von einer „heimlich schleichenden“ Denunziation zu berichten wissen, so ist das zwar eine bedeutende Steigerung des Uebels, gleichzeitig magnt dieselbe aber bei zu unternehmenden Maßnahmen zu doppelter Vorsicht, denn wie leicht und wie oft schon ist ein Unschuldiger in solchen Verdacht gekommen; wir lassen darum die Frage 1 auch unbeantwortet. — W. M. in Münster: Darüber können wir Ihnen leider keine Auskunft geben; der ganze Jahrgang 1895 bringt keine Zeile von oder über Münster. Die Artikel zu der Festnummer (1891) haben vermutlich die damaligen Gewandverleger geschrieben, vielleicht entfällt das Archiv des Gaues auf die Gründung des Ortsvereins Münster bezüglichen Material.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Beiträgen. Die Mitglieder im Gau werden darauf aufmerksam gemacht, daß es im Interesse einer regelten Kassenführung unbedingt nötig ist, die Beiträge an den Gau Kassierern zu den im Gaustatut (§ 11) vorgezeichneten Terminen einzuführen. Von den Beiträgen darf nur dann das Abonnementgeld für den „Corr.“ in Abzug gebracht werden, wenn die Postquittung eingekandt wird.

Bezirk Frankfurt a. D. Zum Gautage in Stettin wurden folgende Kollegen als Delegierte gewählt: Otto Müller-Frankfurt a. D., Fern. Kutowski-Landsberg a. W., Rob. Wintische-Guben, Franz Beyer-Borff-Frankfurt a. D., Emil Eggel-Müßtrn, Louis Lange-Landsberg a. W. Als Stellvertreter fungieren: Emmerich-Schwibus und Hausse-Frankfurt a. D.

Bezirk Konstanz. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem wahrheitsgemäß auf der Reise befindlichen Seher Ewald Kogel aus Naden (Rheinland-Westfalen 4926) die Hauptbuchnummer 59637 einzutragen.

Bezirk Kottbus. Als Delegierte zum Gautage sind gewählt: Bedz., Greimann-Kottbus, Gurf-Forst und Schulz-Feiz; als Stellvertreter: Schuricht- und Zappah-Forst.

Bezirk Birmasens. Kassierer: Otto Lange, Schachensstraße (Gundelweinsche Häuser).

Tessau. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Karl Lingner, Hinsdorferstraße 2, II.

Karlruhe i. B. Die in voriger Nummer gemeldete Differenz im „Volkstrend“ ist wieder beigelegt.

Münster i. W. Nachdem die Westfälische Vereinsdruckerei (vorm. Coppenrath) den Tarif schriftlich anerkannt und eingekandt hat, wird die über diese Druckerei verhängte Sperre hiermit aufgehoben.

Schwäbisch-Hall. Der Drucker Georg Hejcher aus Frankfurt a. M. (Hauptbuchnummer 30606, 1920 Rheinland-Westfalen) wird erjucht, seinen hier erhaltenen Vorschlag (3 M.) alsbald portofrei an Rudolf Emele, Heilbronnerstraße 70, zurückzuwenden, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Erzer. Der Drucker Friedrich Reuter aus Weiffage (Hauptbuchnummer 53315), welcher am 24. August nach Berlin in Kondition reife und deshalb einen Vorjuch von 12 M. erhielt, wird hiermit wiederholt aufgefordert, den Betrag umgehend an den Kassierer Hf. Winz, Südemerstraße 29, II, zurückzuerstatten.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In **Zwidau** 1885, ausgel. in Glauchau 1904; war noch nicht Mitglied. — E. Sturm, Abheiserstraße 14, II.

In **Beuthen (D.-Schl.)** der Seher Josef Górnicki, geb. in Posen 1877, ausgel. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — In **Nikolai** der Seher August Ganufchewitz, geb. in Nikolai 1885, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In **Tarnowitz** der Drucker

Gerhard Mayer, geb. in Klein-Mohrau (Osterr.-Schl.) 1886, ausgel. in Jägerndorf (Osterr.-Schl.) 1904; war noch nicht Mitglied. — Franz Fabrian in Beuthen (D.-Schl.), Wisardstraße 1, II.

In **Biberach** der Schweizerdegen Josef Wäcker, geb. in Biberach 1887, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — In **Eßlingen 1.** der Seher Paul Scharp, geb. in Bfodgingen 1884, ausgel. das. 1901; 2. der Drucker Wilhelm Henn, geb. in Oberwind i. Ehrlingen 1881, ausgel. in Ehrlingen 1900; waren noch nicht Mitglieder. — In **Stuttgart** der Drucker Karl Lorenz, geb. in Heidelberg 1886, ausgel. in Stuttgart 1905; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.

In **Bochum** der Stereotypenr. Wlf. Otto, geb. in Bochum 1885, ausgel. in Hagen 1903; war noch nicht Mitglied. — Emil Albrecht, Wiemelhauserstraße 33.

In **Dülken** der Seher Theodor Schmidberg, geb. in Breyell 1887, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — Gustav Wurmman in Krefeld, Blumenstr. 94.

In **Embsetten** der Seher Rudolf Vorgwardt, geb. in Barnemünde i. M. 1884, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — In **Münster** der Schweizerdegen Arno Max Lauterbach, geb. in Lauter i. Sa. 1886, ausgel. in Aue i. Erzgeb. 1905; war noch nicht Mitglied. — E. Kosmeier in Münster i. W., Maximilianstraße 13.

In **Hanau** der Seher Adolf Warthmann, geb. in Hanau 1887, ausgel. in Frankfurt a. M. 1905; war noch nicht Mitglied. — W. Moriz, Buchföbeler Landstr. 8.

In **Kaßla** der Schweizerdegen Otto Langerbeck, geb. in Neuenhofen 1879, ausgel. in Renthalbenden bei Magdeburg 1897; war schon Mitglied. — Rich. Meinhardt in Jena, Marienstraße 11.

In **Kaiserslautern** der Seher Karl Klein Schmidt, geb. in Kusel 1859, ausgel. das. 1877; war noch nicht Mitglied. — Gustav Hofmann, Tüschstraße 8.

In **Kolmar** der Seher Joh. Bapt. Jbl. geb. in Kolmar 1883, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — Josef Heimbürger, Marsfeldwall 4.

In **Kottbus** der Seher Hermann Ewert, geb. in Schweier (Kr. Naden) 1877, ausgel. in Friedberg (Neumark) 1895; war noch nicht Mitglied. — A. Beck, Burgstraße 22.

In **Liegnitz** die Seher 1. Albert Fritsch, geb. in Queßien (Kr. Steinau a. D.) 1883, ausgel. in Hanau 1902; 2. Alfred Jäsche, geb. in Lüben 1875, ausgel. das. 1893; waren noch nicht Mitglieder. — Paul Jänich, Friedrichstraße 17, III.

In **München** der Drucker Jakob Empel, geb. in München 1881, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — In **Mindelheim** der Schweizerdegen Theodor Niederhuber, geb. in Mindelheim 1882, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — In **Nürnberg 1.** der Faktor Hans Fries, geb. in München 1877, ausgel. in Nürnberg 1894; 2. der Seher Friedrich Mührer, geb. in Weidenburg 1881, ausgel. das. 1899; 3. der Drucker Johann Schwager, geb. in Nürnberg 1867, ausgel. das. 1883; waren schon Mitglieder. — Jos. Seitz in München, Auenstraße 22, I.

In **Birmasens** die Seher 1. Joh. Jos. Wösch, geb. in St. Gallen (Schweiz) 1834, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied; 2. August Botschek, geb. in Breslau 1870, ausgel. das. 1889; war schon Mitglied. — Rob. Böhm, Ringstraße 102.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monate Juli 1905.

a) Auf der Reise: Uebernommen vom vorhergehenden Monate 187 Mitglieder, aus Kondition kamen 320 (hiervon waren 0 noch zum Bezuge der Ortsunterstützung berechtigt), aus gegenseitigen Vereinen 230 (86 Verbands- und 144 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Österreich 50 Verb.- und 93 gegenj. Mitgl., aus Dänemark 4 Verb.- und 14 gegenj. Mitgl., aus der Schweiz 8 Verb.- und 20 gegenj. Mitgl., aus Elsaß-Lothringen 21 Verb.- und 12 gegenj. Mitgl., aus Luxemburg 2 gegenj. Mitgl., aus Belgien 2 Verb.- und 2 gegenj. Mitgl., aus Holland 1 Verb.- und 1 gegenj. Mitgl.), aus konditionslosen Aufenthalt kamen 152 (hiervon bezogen 93 Mitglieder vorher Ortsunterstützung, und zwar 27 bis zu 10 Tagen, 10 bis zu 20 Tagen, 6 bis zu 30 Tagen, 8 bis zu 40 Tagen, 8 bis zu 50 Tagen, 10 bis zu 60 Tagen, 10 bis zu 70 Tagen, 3 bis zu 90 Tagen, 3 bis zu 120 Tagen und 4 bis zu 140 Tagen), frank waren 13, zusammen 1402 Mitglieder (1060 Verbands- und 322 gegenseitige Mitglieder, hierunter 163 Desterreicher, 82 Ungarn, 5 Norweger, 31 Dänen, 22 Schweizer, 10 Elsaß-Lothringer, 3 Schweden, 1 Franzose, 3 Serben, 1 Bosnier und 1 Mitglied aus Riga). Von diesen auf der Reise befindlichen 1402 Mitgliedern hatten vorher geleistet: — unter 6 Beitr., 138 6—12 Beitr., 488 13—49 Beitr., 220 50—74 Beitr., 144 75—99 Beitr., 178 100—149 Beitr., 202 150—499 Beitr., 21 500 bis 749 Beitr. und 4 Mitglieder über 750 Beiträge. — Es traten wieder in Kondition 170 Mitglieder, gingen am Schluß des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 268 (168 Verbands- und 100 gegenseitige Mitglieder) und zwar nach Österreich 110 Verb.- und 61 gegenj. Mitgl., nach Dänemark 20 Verb.- und 14 gegenj. Mitgl., nach der Schweiz 8 Verb.- und 9 gegenj. Mitgl., nach Elsaß-Lothringen 25 Verb.- und 15 gegenj. Mitgl., nach Riga 1 Verb.-Mitgl., nach Luxemburg 1 Verb.- und 1 gegenj. Mitgl., nach Belgien 3 Verb.-Mitgl., bei

Schluss des Berichtes verblieben konditionslos am Orte 63 (davon traten 22 in den Bezug der Ortsunterstützung), traut wurden 9, ausgelehnt 2, Legitimation abgenommen 2, der Nachweis hörte auf bei 6, auf der Reise verblieben 882, **zusammen 1402 Mitglieder**, und zwar 1111 Seher (erhielten 19723 Tage), 264 Drucker (erhielten 468 1/2 Tage) und 27 Gießer (erhielten 561 Tage Unterstützung). Außerdem waren nach den Angaben der Reiseleiterverwaltung 4 Nichtbezugsberechtigte (darunter 7 Dr. u. 1 W.) und 4 Ausgelehnte (darunter 1 Dr. u. 2 W.) auf der Reise. — Es wurden vorausgezahlt: An 918 Mitglieder für 17041 Reisetage (grüne Leg.) à 1 Mk. = 17041 Mk., an 484 Mitglieder für 7923 Reisetage (weiße Leg.) à 1,25 Mk. = 6053,75 Mk., an Porto 21,23 Mk., an Remuneration 455,30 Mk., in Summa 27421,28 Mk., hiervon 20050,78 Mk. an Verbands- und 7370,50 Mk. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 3491,50 Mk. an Desterreicher, 1967,70 Mk. an Ungarn, 113 Mk. an Norweger, 771,50 Mk. an Dänen, 572,25 Mk. an Schweizer, 227,50 Mk. an Eszapper-Lothringer, 72 Mk. an Schweden, 22 Mk. an Franzosen, 80 Mk. an Engländer, 25 Mk. an Bosnier und 20 Mk. an Riganer. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt: 1905 an 1402 Mitgl. 24964 Tage = 27421,28 Mk. 1904 „ 1461 „ 27362 „ = 30010,53 „

wenig. 1905 an 59 Mitgl. 2398 Tage = 2589,25 Mk. b) Am Orte: Nebenommen vom vorhergehenden Monate 1037 Mitglieder, neu hinzugekommen 1599, zusammen 2456 Mitglieder; hiervon waren berechtigt zu 70 Tagen à 1,25 Mk. 272 Mitglieder, zu 70 Tagen à 1,50 Mk. 566 Mitglieder, zu 140 Tagen à 1,50 Mk. 1486 Mitglieder und zu 280 Tagen à 1,50 Mk. 132 Mitglieder. — Es traten wieder in Kondition 1188 Mitglieder, gingen auf die Reise 93, wurden krank 16, ausgelehnt 61, wovon 21 mit 70 Tagen à 1,25 Mk., 28 mit 70 Tagen à 1,50 Mk. und 12 mit 140 Unterstützungstagen à 1,50 Mk., zu einem andern Verufe gingen 2, Unterstützung entzogen 1, in Haft 2, auf Weiterzahlung der Unterstützung verzichtet 1, in Bezüge der Unterstützung verblieben am Schlusse des Monats 1092 Mitglieder (888 S., 174 Dr. u. 50 W.), wovon 107 zum Bezüge der Unterstützung bis zu 70 Tagen à 1,25 Mk., 181 bis zu 70 Tagen à 1,50 Mk., 720 bis zu 140 Tagen à 1,50 Mk.

und 34 bis zu 280 Tagen à 1,50 Mk. berechtigt sind, **zusammen 2456 Mitglieder**, und zwar 1999 Seher (erhielten 28907 Tage), 367 Drucker (erhielten 6601 Tage) und 90 Gießer (erhielten 1826 Tage Unterstützung). — Diese 2456 Mitglieder verteilten sich auf die einzelnen Gaue wie folgt: Bayern 117 (darunter München 67, Nürnberg 22, Würzburg 13, Augsburg 5, Regensburg 4), Berlin 801, Dresden 117 (darunter Stadt Dresden 88, Rittau 15, Freiberg und Köpchenbruda je 4), Erzgebirge-Bohland 52 (darunter Chemnitz 15, Borna und Großgörsch je 5, Plauen und Zwickau je 4), Frankfurt-Heffen 78 (darunter Frankfurt a. M. 50, Offenbach 21, Kassel 6), Hamburg-Altona 159, Hannover 115 (darunter Stadt Hannover 64, Braunschweig 29, Hildesheim 12, Osnabrück 8, Leipzig 218, Mecklenburg-Lübeck 15 (darunter Lübeck und Schwerin je 5), Mittelrhein 65 (darunter Darmstadt 18, Mainz 11, Wiesbaden 9, Mannheim 7, Ganau 6, Heidelberg und Neustadt je 4), Nordsee 26 (darunter Bremen 19, Geestmünde 5), Oberrhein 18 (darunter Karlsruhe 9), Ober 59 (darunter Stettin 15, Frankfurt a. O. 5, Grzißwald und Köpenick je 4), Osterrand-Thüringen 67 (darunter Gera 13, Naumburg 10, Erfurt 9, Weimar 8, Gotha und Jena je 6), Ostpreußen 26 (darunter Königsberg i. Pr. 19), Posen 11 (darunter Bromberg 5, Posen 4), Rheinland-Westfalen 148 (darunter Barmen 18, Köln 15, Essen 13, Bielefeld und Düsseldorf je 10, Bonn 9, Dortmund 8, Bochum, Elberfeld, Krefeld und Münster je 7, Aachen 6), An der Saale 120 (darunter Magdeburg 36, Weißenhainichen 18, Halle 17, Salzerstadt 7, Dessau 6), Schlesien 125 (darunter Breslau 41, Görlitz 10, Silesberg 4), Schleswig-Holstein 87 (darunter Kiel 17, Flensburg 10, Elmshorn, Altona und Husum je 3), Westpreußen 12 (darunter Danzig 10), Württemberg 60 (darunter Stuttgart 51). — Es wurden vorausgezahlt: An 272 Mitglieder für 4045 Tage à 1,25 Mk. = 5056,25 Mk. und an 2184 Mitglieder für 33289 Tage à 1,50 Mk. = 49933,50 Mk., in Summa 54989,75 Mk. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Ortsunterstützung gezahlt: 1905 an 2456 Mitgl. 37334 Tage = 54989,75 Mk. 1904 „ 2881 „ 48247 „ = 70990,50 „

wenig. 1905 an 425 Mitgl. 10913 Tage = 16000,75 Mk.

Die Ausgabe von 54989,75 Mk. verteilt sich auf die einzelnen Gaue wie folgt: Bayern 2055,25 Mk., Berlin 18331 Mk., Dresden 2500,50 Mk., Erzgebirge-Bohland 1156,25 Mk., Frankfurt-Heffen 1630,50 Mk., Hamb.-Altona 3886,50 Mk., Hannover 2600,25 Mk., Leipzig 4904 Mk., Mecklenburg-Lübeck 312,75 Mk., Mittelrhein 1351,25 Mk., Nordsee 436,75 Mk., Oberrhein 308,50 Mk., Ober 1217,75 Mk., Osterrand-Thüringen 1630,75 Mk., Ostpreußen 629,25 Mk., Posen 204,75 Mk., Rheinland-Westfalen 3566,25 Mk., An der Saale 2458,50 Mk., Schlesien 310 Mk., Schleswig-Holstein 1035,75 Mk., Westpreußen 264,50 Mk., und Württemberg 1408,75 Mk.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Orte im Monate Juli 1905 an 3858 Mitgl. 62298 Tage = 82411,03 Mk. 1904 „ 4342 „ 75609 „ = 101001,03 „ wenig. 1905 an 484 Mitgl. 13311 Tage = 18590, — Mk. ausgezahlt. Nach der Angabe der Tage (62298) sind daher 2010 Mitglieder (gegen 2439 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat Juli hindurch im Bezüge von Arbeitslosenunterstützung gewesen.

Berichtungs-Kalender.
Genheim (D. Schl.). Versammlung am 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Feist, Larnowierstraße 15.
Sodum. Versammlung Samstag den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr.
Essex. Versammlung am 7. Oktober, 8 1/2 Uhr abends, im Restaurant Neudauer, Schiffstraße.
Hann. i. M. Versammlung Samstag den 8. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokale.
Hain. Maschinenmeister-Versammlung am 10. Oktober, abends 9 Uhr, bei Müller, Sternengasse.
Kottbus. Versammlung am 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiemann, Wendenstraße.
Mainz. Versammlung am 9. Oktober, abends 7 Uhr, im „Gutenberg“, Franziskanerstraße.
Potsdam. Versammlung Mittwoch den 11. Oktober, abends 8 Uhr, bei W. Ledentzin, Kaiser Wilhelmstr. 38.
Schwerin i. M. Versammlung am 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale.

Berein der Buchdrucker und Schriftgießer Ungarns.
Budapest. Vom 10. Oktober an sind sämtliche Grenzzahlstellen Ungarns für Zureitende geschlossen. Zugang ist fernzuhalten.

Ohne Konkurrenz

am Orte M. Druckerei in Tageblatt verlässt (Kurtort Thür.). W. 7500 Mk., Aug. 6000 Mk. Näheres Buchdruckerei Stübner & Co. (Thür.). Eine für Schuld übernommene **Altschneidererei** (Anschaffungswert etwa 5400 Mk.), passend für Anfänger (1878) soll für 2500 Mk. verkauft werden. Wenig gebraucht, moderne Schriften, Kaufstübhaber, fleißig Materialverzeichnis zur Verfügung durch H. Vogt, Kaufmann, Wetzlar in Holsheim.

Gesucht Herren, welche in größeren Kontingenzen arbeiten u. Bertr. Konturen, f. Artikel über. **Hoher Lebensverdi.** Auskunft kostenlos. (1842) **Herm. Wolf,** Zwickau in Sachsen, Giffasserstraße 40.

Junger Linotypsetzer

sofort gesucht. Werte Offerten mit Angabe der Leistungen, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter Nr. 880 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ein Schweizerdegen

zum sofortigen Austritte gesucht. **Wilmann & Co.,** Altona a. d. Ostbahn. (877)

Tüchtiger Kompletzgießer

(System Küstermann) finden sofort Stellung in **Wilh. Gonnans Schriftgießerei** Berlin-Schöneberg, Weizenerstraße 61.

Junger Ellen- und Altschneider

nicht vor 30. Oktober oder später Stellung. Werte Offerten erbeten an **Gustav Heimecke,** Merseburg a. S., Hofmarkt 7. (873)

Tüchtiger Seher

für Katalog- und Werk sowie tabellarischen Satz sucht f. dauernde Stellung. Werte Offerten unter J. S. 874 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Achtung!

Gegen Bar oder Monatsraten von 5 Mark offeriere komplett und franko lieferbar: **Brookhaus** Konversationskalkül, neueste Aufl., 17 Prachtbände à 12 Mk. Erich Holtz, Berlin NW 6, Birkenstr. 26. Bestellschöne zu Diensten. (872)

Ueber Sekundärschmitten.

Hitz. Härtel in Leipzig-R. — 180 Mk.

Maschinenmeister-Verein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Sonabend den 7. Oktober, abends punkt 9 Uhr, in der „**Carlshaus**“, am Hamburger Fischmarkt, Ecke Schopenhof- und Curienstraße:

Monatsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Vierteljahresabrechnung; 3. Wahl eines Vereinslokales; 4. Vortrag des Herrn Oppert: „Die Herstellung und Entfaltung der Autotypie“; 5. Bezeichnung des Zirkulars der Zentralkommission bzw. Aufnahme einer Statistik; 6. Verschiedenes.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung wegen die Eröffnung präzis 9 Uhr erfolgt, und eruchen um vollzähliges und pünktliches Erscheinen.

Völliges Einverständnis herrscht in Fachkreisen darüber, dass die „Typographischen Jahrbücher“ gegenwärtig von keinem andern Fachblatte übertraffen werden, und zwar sowohl in bezug auf Qualität wie Quantität des Gebotenen. Wer sich davon überzeugen will, der betrachte doch oben erscheinende Saisonheft. Es sind Perlen deutscher Druck- und Satzkunst, die sich hier jeder für ein billiges erwerben kann. Jede Buchhandlung nimmt Bestellungen zum Preise von 4,80 Mk. pro Jahr an. (879)

„Das Werk kann mit Überzeugung jedem Kollegen aufs Wärmste empfohlen werden und vor allem sollte es in keiner unserer Bibliotheken fehlen!“ Corr. f. D. B. No. 94, 1905.

Ein Universalhausschatz **ERKENNE DICH SELBST** Das Buch DER LEBENSWEISHEIT. Die Reichhaltigkeit der verdienstlichen Arbeit kann man nur durch eigene Lektüre ermessen. Wir wüssten kein sinnigeres Geschenkwerk für jeden vorkommenden Anlass, kein zweites Werk, das wie dieses, zu jeder Stunde zur Hand genommen, jeden Leser auf nützlichste Weise beschäftigt; unter den vielen angepreisnen Familienbüchern jedenfalls das beste, welches nicht veralten kann. Bücherschau der „Freien Schulzeitung“, September 1905. Hunderte ähnliche Urteile! **Max Schmitz, Verlagsb., Leipzig-R. 90** Auch gegen monatliche Teilzahlung von 2 Mark bei sofortiger kompletter Lieferung zu beziehen.

Technikum für Buchdrucker

Bildungsanstalt für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdruckerei-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle, **Leipzig-R., Senefelder-Strasse 15.**

Paul Lindner, Leipzig-R., Täubchenweg 62.

Um postlichen Schwierigkeiten und dem Wege zu gehen, wolle man alle für den Corr. bestimmten Geldsendungen nicht an die Geschäftsstelle oder Expedition des Corr., sondern an **Erhard Götler** adressieren.

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg 6.

120 Sorten Zigarren im Preise von 31 bis 170 Mk. pro Mille. — Hochfeine Qualitäten in Vorsteland-, Sumatra-, Brasil-, Mexico-, Manila- und Havana-Zigarren. Preislisten stehen zur Verfügung.



Stichel für Tonplattenschnitte

à Stück einschl. Gest. 75 Pf., 6 Stück 4 Mk., Vohl. Stück 1,50 Mk. (Porto 10 Pf.) liefert **Hermann Cashe, Halle-Zoofta.** **Wahrierte Preisliste, Ausgabe B, kostenlos.**

Für nur 1,85 Mark

einschl. Verpackung und Porto versende ich e. gutgeh. u. fein geschliffene 18 bis 19 cm hohe Schwarzwälder **Jockele-Uhr** mit einjähriger Garantie. **Verband** nur gegen Vorreichung oder Nachnahme. (Nachnahme 25 Pf. mehr.) Nichtentwerenden nehme ich anstandslos retour.

Albert Malthaner, Pforzheim Genossenschaftsstraße 79. (803)

Stereotypen u. Galvanoplastiker!

Die Kollegen werden im eigenen Interesse wiederholt darauf aufmerksam gemacht, bei Konditionsangeboten nach Berlin immer erst Erfindungen einzuziehen beim Vorbestellen. **E. Schellbach, Tempelhof, Berlin, Friedrich-Wilhelmstraße 15.** (606)

Wichtig, Stereotypen und Galvanoplastiker!

Bei eventuellen Stellenangeboten von der Firma **Doktor Sperling** in Leipzig-R. Preisangebotsfrage, wolle man unbedingt Erfindungen einzuziehen bei **E. Gasse, Leipzig-S., Dörfelstr. 16, II.** (883)

Großes Vereinszimmer

(bis 120 Personen) für Werkstattparlamen und Vereine. Borzügliche Speisen u. Getränke. **Wilh. Gurg** (807) Berlin, Lindenstraße 3, 2. Hof parterre.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 43 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Veredelungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Reisehandlung für die organisierten Buchdrucker.** Mit einer Karte von Deutschland. Neu bearbeitet von Konr. Götler. Preis 1,50 Mk.